



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2007 - 2008

Mittwoch, den 16. Januar 2008, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

16. Januar 2008, 09:00 Uhr *Sibylle Benz (SP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Tommy Frey (SVP), Rolf Häring (Grünes Bündnis), Erika Paneth (SP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis), Mehmet Turan (SP).*

16. Januar 2008, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Sibylle Benz (SP), Tommy Frey (SVP), Rolf Häring (Grünes Bündnis), Urs Joerg (EVP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Erika Paneth (SP), Markus G. Ritter (FDP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis), Mehmet Turan (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	4
3.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.	5
4.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates.	6
5.	Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates.	7
6.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Regierungsrates.	7
7.	Wahl der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten des Regierungsrates.	8
8.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Sebastian Frehner).	8
9.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Paul Roniger).	8
10.	Wahl eines Mitglieds der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das UKBB (Nachfolge Sebastian Frehner).	9

11.	Wahl eines Mitglieds der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel (Nachfolge Paul Roniger).	9
12.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 06.1769.03 betreffend Tramverlängerung Linie 8 Kleinhüningen - Weil am Rhein.	9
17.	Neue Interpellationen.	11
12.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 06.1769.03 betreffend Tramverlängerung Linie 8 Kleinhüningen - Weil am Rhein.	12
13.	Ausgabenbericht betreffend Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform für das Bewilligungswesen des Kantons Basel-Stadt.	14
14.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Bericht 07.0599.01 betreffend Subventionserneuerungen und Betriebskostenbeiträge im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und zwei Ratschläge und 6 Ausgabenberichte.	15
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	23
	Anhang B: Neue Vorstösse	27

Konzert der basel sinfonietta

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: Es ist Tradition, dass die erste Sitzung im neuen Jahr mit einem Konzert eröffnet wird. Ich freue mich sehr, dass wir dieses Jahr Musiker der basel sinfonietta hören werden. Ich begrüesse herzlich das Hornquartett der basel sinfonietta:

Carl-Philipp Rombach, Udo Schmitz, Takashi Sugimoto und Massimiliano Toffanini. Sie werden uns Werke von drei Komponisten vortragen. Das detaillierte Programm finden Sie auf Ihren Tischen.

Konzert:

Werke von Paul Hindemith (Sonate für vier Hörner, 1. Satz), Eugène Bozza (Suite für vier Hörner) und Franz Strauss (Sechs Quartettsätze, Sätze 4 und 5).

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[16.01.08 09:23:58, MGT]

Mitteilungen

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich begrüesse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächste Woche Bildaufnahmen im Rat zu machen, ebenso Schweiz aktuell für heute Nachmittag.

Rücktritte

Paul Roniger tritt per Ende Januar 2008 aus dem Grossen Rat zurück. Paul Roniger ist seit Februar 2001 Mitglied dieses Rates und gleichzeitig der Finanzkommission.

Ich danke Paul Roniger sehr herzlich für sein grosses Engagement und seine Arbeit und wünsche ihm für die Zukunft gute Gesundheit und alles Gute. Paul Roniger lädt Sie heute Abend nach Schluss der Nachmittags-Sitzung im Vorzimmer zu einem kleinen Apéro ein und wird dabei eine inoffizielle Fassung seines Rücktrittsschreibens verlesen [*Applaus*].

Hansjörg Wirz hat ebenfalls seinen Rücktritt auf Ende Januar eingereicht. Mit ihm verlässt uns ein "alter Fuchs" - ein erfahrener und versierter Politiker. Hansjörg Wirz war von 1988 bis 2001 im Grossen Rat und hat diesen im Amtsjahr 1993/94 präsidiert. Im Jahr 2005 wurde er erneut gewählt und war in verschiedenen Kommissionen engagiert. Ich danke Hansjörg Wirz für seinen grossen Einsatz für diesen Rat und für unseren Kanton und wünsche ihm gute Gesundheit und alles Gute [*Applaus*].

Dieter Moor, Vorsitzender Präsident des Appellationsgerichtes, tritt per Ende Jahr 2008 zurück. Herr Moor war von 1988 bis August 1999 Zivilgerichtspräsident und wurde im September 1999 als Präsident des Appellationsgerichtes gewählt.

Ich danke Herrn Dieter Moor sehr herzlich für seine grosse Arbeit und die geleisteten Dienste für unseren Kanton. Der Regierungsrat wird die Nachfolgewahl ansetzen.

Verletzung des Sitzungsgeheimnisses

Im Zusammenhang mit der Beratung des ÖKK-Geschäftes sind aus einer Kommissionssitzung Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, noch bevor das Protokoll zu dieser Sitzung vorgelegen hat.

Das Ratsbüro hat deshalb auf Anfrage der Finanzkommission beschlossen, die Disziplinarkommission des Grossen Rates zu beauftragen, im Sinne von § 62 der Geschäftsordnung den Sachverhalt abzuklären und dem Ratsbüro Bericht zu erstatten.

Einladung zum Besuch der Fondation Beyeler

Wie jedes Jahr lädt die Fondation Beyeler die Regierungen und die Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Frühjahr zu einem Besuch der aktuellen Ausstellung und einem anschliessenden Umtrunk ein. 2008 findet dieser Anlass am 28. April ab 18.30 Uhr statt. Eine Einladung werden sie demnächst im Versand vorfinden. Ich bitte Sie aber schon heute, sich den Abend des 28. April für diesen Anlass frei zu halten.

Gratulation

Unser Statthalter wurde gestern zum zweiten Mal Vater und spendiert uns heute Nachmittag den Kaffee. Ich wünsche der Mutter und der Tochter von ganzem Herzen gute Gesundheit und warte jetzt natürlich gespannt auf das baz-Interview mit der Frage, wie es Roland Stark schafft, den Tag nach der Geburt seines Kindes im Rat zu verbringen. *[Applaus]*.

Tagesordnung

Neue Interpellationen

Es sind 8 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellation Nr. 116 wird mündlich beantwortet.

Bei der Interpellation Nr. 113 von Stephan Gassmann betreffend bevorstehende Ausweisung von Herrn Dalip Singh Khalsa handelt es sich um eine Dringliche Interpellation gemäss § 40 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung. Demgemäss entscheidet der Grosse Rat bei der Behandlung der Tagesordnung ohne Diskussion und mit Zweidrittelmehr, ob dem Dringlichkeitsbegehren stattgegeben wird. Eine dringliche Interpellation muss in der gleichen Sitzung mündlich beantwortet werden. Die Dringliche Interpellation wird unter Geschäft 17 (Neue Interpellationen) heute Nachmittag behandelt.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 gegen 18 Stimmen, die Interpellation Nr. 113 von Stephan Gassmann betreffend bevorstehende Ausweisung von Herrn Dalip Singh Khalsa dringlich zu behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[16.01.08 09:30:44, ENG]

Zuweisungen

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: Die Petition CentralParkBasel P246 wurde in der Dezember-Sitzung an die Petitionskommission überwiesen. Die PetKo ist nach Diskussion zum Schluss gekommen, diese Petition sei an die BRK zu überweisen, da umfangreiche Kenntnisse bezüglich der Raumplanung nötig seien. Der Präsident der BRK ist mit der Überweisung an seine Kommission einverstanden. Sie finden das Schreiben der PetKo auf dem Tisch des Hauses.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, Die Petition P246 CentralParkBasel der Bau- und Raumplanungskommission zu **überweisen.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Revision der IWB Gewinnablieferung (stehen lassen). (BD, 05.8315.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrollen (MFK) in beiden Basel (stehen lassen). (SiD, 05.8362.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Zusammenlegung der Verkehrszentralen (stehen lassen). (SiD, 05.8363.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Heuss und Konsorten betreffend Gesamtkonzept für Mensabetriebe an den Basler Schulen (stehen lassen). (ED, 05.8301.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Heilbronner-Uehlinger betreffend der Schrägparkplätze in der Colmarerstrasse. (SiD, 07.5269.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabi Mächler und Konsorten für Teilzeitstellen bei den Gerichtspräsidien (stehen lassen). (JD, 03.7620.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage von Patricia von Falkenstein betreffend Bau einer Finnenbahn auf der Luftmatt. (ED, 07.5230.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost betreffend Pilzkontrolle. (GD, 07.5264.02)
- Rücktritt von Dr. Dieter Moor als Appellationsgerichtspräsident per 31. Dezember 2008. (auf den Tisch des Hauses) (07.5392.01)
- Rücktritt von Paul Roniger als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses) (07.5388.01)
- Rücktritt von Paul Roniger als Mitglied der Finanzkommission per 15. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses) (07.5389.01)
- Rücktritt von Paul Roniger als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel per 15. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses) (07.5393.01)
- Rücktritt von André Weissen als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 19. Februar 2008. (auf den Tisch des Hauses) (07.5390.01)
- Rücktritt von Hansjörg Wirz als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses) (08.5008.01)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.

[16.01.08 09:31:37, JD, 07.1925.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat 27 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (insgesamt 73 Personen), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 5 vom 19. Januar 2008 publiziert.

4. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates.

[16.01.08 09:32:46, WG1]

Die Fraktion der SP schlägt als Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2008/2009 Roland Stark vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Als Wahlbüro für diese und die weiteren geheimen Wahlen der heutigen Sitzung schlägt die Präsidentin vor:

Chef: Beat Jans (SP), Sektoren I+V: Stephan Maurer (DSP), Sektor II: Rolf Jucker (FDP), Sektor III: Stephan Gassmann (CVP), Sektor IV: Claude François Beranek (LDP). Sekretariat: Sabine Canton.

Der Grosse Rat genehmigt

stillschweigend das vorgeschlagene Wahlbüro.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	120
Eingegangene Wahlzettel	120
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	119
Absolutes Mehr	60
Gewählt ist:	
Roland Stark , mit	97 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	7
Leere Stimmen	15

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich gratuliere Roland Stark zur ehrenvollen Wahl sehr herzlich [Applaus].

5. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates.

[16.01.08 09:53:05, WGE]

Die Fraktion der Basler SVP schlägt als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2008/2009 Patrick Hafner vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	118
Eingegangene Wahlzettel	118
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	117
Absolutes Mehr	59
Gewählt ist:	
Patrick Hafner , mit	72 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Annemarie von Bidder	11
Vereinzelte	10
Leere Stimmen	24

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich gratuliere Patrick Hafner zur ehrenvollen Wahl sehr herzlich [Applaus].

6. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Regierungsrates.

[16.01.08 10:10:48, WGE]

Die Fraktion Grünes Bündnis schlägt als Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr 2008/2009 Guy Morin vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	117
Eingegangene Wahlzettel	116
Ungültige Wahlzettel	4
Gültige Wahlzettel	112
Absolutes Mehr	57
Gewählt ist:	
Guy Morin , mit	87 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	6
Leere Stimmen	19

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich gratuliere Guy Morin zur ehrenvollen Wahl sehr herzlich [Applaus].

7. Wahl der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten des Regierungsrates.

[16.01.08 10:25:37, WGE]

Die Fraktion der FDP schlägt als Vizepräsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2008/2009 Hanspeter Gass vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	112
Eingegangene Wahlzettel	112
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	111
Absolutes Mehr	56
Gewählt ist:	
Hanspeter Gass , mit	96 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	3
Leere Stimmen	12

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich gratuliere Hanspeter Gass zur ehrenvollen Wahl sehr herzlich [Applaus].

8. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Sebastian Frehner).

[16.01.08 10:40:07, WA1]

Die SVP-Fraktion nominiert Alexander Gröflin (SVP) als Mitglied der Finanzkommission.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahlen in den Traktanden 8 - 11 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei einer Enthaltung **Alexander Gröflin** als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Paul Roniger).

[16.01.08 10:41:51, WAH]

Die CVP-Fraktion nominiert André Weissen (CVP) als Mitglied der Finanzkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **André Weissen** als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Wahl eines Mitglieds der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das UKBB (Nachfolge Sebastian Frehner).

[16.01.08 10:42:32, WAH]

Die Finanzkommission nominiert André Weissen (CVP) als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das UKBB.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **André Weissen** als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das UKBB für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Wahl eines Mitglieds der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel (Nachfolge Paul Roniger).

[16.01.08 10:43:15, WAH]

Die Finanzkommission nominiert Urs Schweizer (FDP) als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei einer Enthaltung **Urs Schweizer** als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 06.1769.03 betreffend Tramverlängerung Linie 8 Kleinhüningen - Weil am Rhein.

[16.01.08 10:44:08, UVEK, WSD, 06.1769.04, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten sowie einen Projektierungs- und einen Ausführungskredit für die Tramverlängerung, einen Beitrag an die Projektierung im Abschnitt Weil, eine Vorfinanzierung der baden-württembergischen Förderbeiträge und einen Projektierungskredit für die Umgestaltung des Hochbergerplatzes zu genehmigen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Peter Zinkernagel (LDP); Christoph Wydler (EVP); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis)*

Désirée Braun (SVP): beantragt namens der SVP Fraktion **Rückweisung** des Ratschlages an den Regierungsrat.

Voten: *Pius Marrer (CVP); Felix Meier (FDP); Stephan Maurer (DSP)*

Einzelvoten

Voten: *Toni Casagrande (SVP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Helmut Hersberger (FDP); Kurt Bachmann (fraktionslos)*

Sitzungsunterbruch

12:00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 16. Januar 2008, 15:00 Uhr

17. Neue Interpellationen.

[16.01.08 15:03:44]

Interpellation Nr. 109 Jürg Meyer betreffend Städtepartnerschaft zwischen Basel-Stadt und Schanghai

[16.01.08 15:03:44, 07.5360.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Interpellation Nr. 110 Emmanuel Ullmann betreffend Road-Pricing in Basel

[16.01.08 15:07:21, 07.5378.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Emmanuel Ullmann (FDP)*

Interpellation Nr. 111 Maria Berger-Coenen betreffend Campus Sport für die Region

[16.01.08 15:10:11, 08.5007.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 112 Roland Engeler-Ohnemus betreffend Qualitäts- und Preisvorgaben für die Mensen der Basler Schulen

[16.01.08 15:10:28, 08.5010.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Dringliche Interpellation Nr. 113 Stephan Gassmann betreffend bevorstehende Ausweisung von Herrn Dalip Singh Khalsa

[16.01.08 15:10:50, SiD, 08.5011.01, NIM]

Der Grosse Rat hat die Interpellation als Dringlich im Sinne von § 40 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung erklärt.

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Stephan Gassmann (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Urs Müller (Grünes Bündnis) **beantragt Diskussion.**

Der Grosse Rat beschliesst

Diskussion mit 62 gegen 25 Stimmen.

Voten: *Beat Jans (SP); Felix W. Eymann (DSP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Eduard Rutschmann (SVP); Heinrich Ueberwasser (EVP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Philippe Pierre Macherel (SP); Sibel Arslan (Grünes Bündnis); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Patrick Hafner (SVP)*

Die Dringliche Interpellation 08.5011 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 114 Gabriele Stutz-Kilcher betreffend Wohnungs-Verwahrlosung in der Stadt Basel

[16.01.08 15:38:16, 08.5012.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 115 Patrizia Bernasconi betreffend der Qualität des Trinkwassers

[16.01.08 15:38:37, 08.5013.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 116 Patrick Hafner betreffend "Boulevard Güterstrasse" - Ungereimtheiten

[16.01.08 15:38:54, BD, 08.5014.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Patrick Hafner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 08.5014 ist **erledigt**.

12. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 06.1769.03 betreffend Tramverlängerung Linie 8 Kleinhüningen - Weil am Rhein.

[16.01.08 15:43:45, UVEK, WSD, 06.1769.04, BER]

Fortsetzung der Beratungen

Voten: *Roland Vögli (FDP); Eduard Rutschmann (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Rückweisungsantrag der SVP Fraktion **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Projektierungskredit mit Vorbehalt

Ziffer 2, Baukredit mit Beteiligungsklausel des Bundes und Vorbehalt

Ziffer 3, Planungs- und Projektierungsarbeiten auf dem Gebiet der Stadt Weil mit Vorbehalt

Ziffer 4, allfällige Zinskosten zugunsten der Stadt Weil mit Vorbehalt

Ziffer 5, Projektierung der Neugestaltung des Hochbergerplatzes

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Projektierung bis und mit Ausschreibung der Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein wird ein Projektierungskredit von CHF 3'500'000 (Preisbasis PKI April 2007) bewilligt. Der Kredit wird im Investitionsprogramm folgendermassen eingestellt:

- Investitionsbereich 1 (Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur), Position 617021028002: CHF 1'750'000
- Investitionsbereich 2 (Öffentlicher Verkehr), Position 617021028003 zu Gunsten Tiefbauamt: CHF 875'000
- Investitionsbereich 2 (Öffentlicher Verkehr), Position 801821040105 zu Gunsten WSD, DST ÖV: CHF 875'000

Die Freigabe dieses Kredites erfolgt unter dem Vorbehalt, dass sich der Gemeinderat von Weil am Rhein rechtzeitig für die weitere Planung und die Realisierung des Projektes entscheidet.

2. Für die Ausführungsprojektierung und die Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein wird ein Kredit von CHF 58'836'000 (Preisbasis PKI April 2007) bewilligt. Der Kredit wird im Investitionsprogramm folgendermassen eingestellt:

- Investitionsbereich 1 (Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur), Position 617021028002: CHF 28'916'000
- Investitionsbereich 2 (Öffentlicher Verkehr), Position 617021028003 zu Gunsten Tiefbauamt: CHF 16'454'000
- Investitionsbereich 2 (Öffentlicher Verkehr), Position 801821040105 zu Gunsten WSD, DST ÖV: 13'466'000.

Die für die Bauarbeiten auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt ausbezahlten Bundesbeiträge im Zusammenhang mit der Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein werden von den genehmigten Summen in Abzug gebracht.

Die Freigabe dieses Kredites erfolgt unter dem Vorbehalt, dass bis Ende September 2008 zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Stadt Weil am Rhein eine verbindliche Vereinbarung über den Bau und die Finanzierung der Tramlinie unterzeichnet wird.

3. Als Beitrag des Kantons Basel-Stadt an die weiteren Planungs- und Projektierungsarbeiten auf dem Gebiet der Stadt Weil am Rhein wird ein Kredit von CHF 3'000'000 zu Lasten des Investitionsbereiches 2 (Öffentlicher Verkehr), Position 801821040105 zu Gunsten WSD, DST ÖV, bewilligt.

Die Freigabe dieses Kredites erfolgt unter dem Vorbehalt, dass sich der Gemeinderat von Weil am Rhein rechtzeitig für die weitere Planung und die Realisierung des Projektes entscheidet.

4. Zur Deckung von bei der Stadt Weil am Rhein anfallenden Zinskosten in Folge Vorfinanzierung allfällig nicht gemäss Baufortschritt ausbezahlter Förderbeiträge des Landes Baden-Württemberg wird ein Kredit von CHF 1'560'000 zu Lasten des Investitionsbereiches 2, Wirtschafts- und Sozialdepartement, DST ÖV, Position 801821040105, bewilligt. Es handelt sich dabei um einen zinslosen Überbrückungskredit des Kantons Basel-Stadt an die Stadt Weil am Rhein.

Die Freigabe dieses Kredites erfolgt unter dem Vorbehalt, dass bis Ende September 2008 zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Stadt Weil am Rhein eine verbindliche Vereinbarung über den Bau und die Finanzierung der Tramlinie unterzeichnet wird.

5. Für die Projektierung der Neugestaltung des Hochbergerplatzes wird ein Projektierungskredit von CHF 300'000 (Preisbasis PKI April 2007) bewilligt. Dieser

Kredit wird im Investitionsprogramm im Investitionsbereich 1 (Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur), Position 651030020021 zu Gunsten Hochbau- und Planungsamt eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ausgabenbericht betreffend Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform für das Bewilligungswesen des Kantons Basel-Stadt.

[16.01.08 16:02:46, FKom, JD, 07.1724.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und einen Kredit von CHF 670'000 zu bewilligen.

Voten: *Conradin Cramer, Referent der Finanzkommission; RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Thomas Strahm (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung des Projektes "Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform für das Bewilligungswesen des Kantons Basel-Stadt" wird ein Kredit von CHF 670'000 für die Jahre 2007 und 2008 (Position 410005000000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

14. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Bericht 07.0599.01 betreffend Subventionserneuerungen und Betriebskostenbeiträge im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und zwei Ratschläge und 6 Ausgabenberichte.

[16.01.08 16:13:24, BKK, JD, 07.0599.10 - 07.0599.18, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und den acht vorgelegten Beschlussesentwürfen zur offenen Kinder- und Jugendarbeit zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Doris Gysin (SP); Oskar Herzig (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Oswald Inglin (CVP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Annemarie Pfeifer (EVP); Daniel Stolz (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Stephan Gassmann (CVP); Ruth Widmer Graff (SP); Patrick Hafner (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

1. Grossratsbeschluss betreffend Robi-Spiel-Aktionen

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Betriebsjahre 2008 - 2011 einen Betriebskostenbeitrag von CHF 1'225'000 p.a., einen Beitrag für den ordentlichen Liegenschaftsunterhalt von CHF 30'000 p.a. sowie die unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Betriebskostenbeitrag

Antrag

Die SVP Fraktion beantragt eine Reduktion des jährlichen Betriebskostenbeitrags um CHF 90'000 auf CHF 1'135'000.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Beitrag für den ordentlichen Liegenschafts- und Gebäudeunterhalt

Unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten

unentgeltliche Benützung von Räumlichkeiten (Holzbaracke)

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein „Robi-Spiel-Aktionen“ in den Jahren 2008 bis und mit 2011 folgende Beiträge auszurichten:

- Betriebskostenbeitrag von CHF 1'225'000 p.a., pauschal und nicht indiziert
- Beitrag für den ordentlichen Liegenschafts- und Gebäudeunterhalt von CHF 30'000 p.a., pauschal und nicht indiziert

(Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle: 307C025; Auftrag: 307C02591125 „Verein Robi-Spiel-Aktionen 2008–2011“; Kostenart: 643100)

Unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten mit den entsprechenden Arealen als Kinderspielplatz:

- Allmendstrasse 219 (Wert 2001: CHF 8'000)
- Felsplattenstrasse 11 (Wert 2001: CHF 8'000)
- Lichtstrasse 30 (Wert 2001: CHF 8'000)
- Wiesenschanzweg 49 (Wert 2001: CHF 8'000)

Zudem die unentgeltliche Benützung u.a. einer Holzbaracke als Materiallager an der Grenzacherstrasse und Räumlichkeiten im Wiedenhof (Arlesheim), die vom Baudepartement, Stadtgärtnerei und Friedhöfe, zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten für die Instandhaltung von Dach und Fach gehen zu Lasten Budget Baudepartement.

Die Kosten für den Unterhalt der Spielgelände gehen nach effektivem Aufwand zu Lasten Budget Stadtgärtnerei/Baudepartement (CHF 30'000 p.a.).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

2. Grossratsbeschluss betreffend Spielwerkstatt Kleinhüningen

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Betriebsjahre 2008 - 2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 218'000 zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

Die SVP Fraktion beantragt eine Reduktion des jährlichen Betriebskostenbeitrags um CHF 10'000 auf CHF 208'000.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen, den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein „Haus für Kinder und Eltern“ für die Jahre 2008 bis 2011 für die Spielwerkstatt Kleinhüningen einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 218'000, pauschal und nicht indiziert (Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle 307C029; Auftrag 307C02991129 „Spielwerkstatt Kleinhüningen 2008–2011“; Kostenart: 643100) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

3. Grossratsbeschluss betreffend Kindertreffpunkt „Spiilruum St. Johann“

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Betriebsjahre 2008 - 2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 120'000 zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

Die SVP Fraktion beantragt eine Reduktion des jährlichen Betriebskostenbeitrags um CHF 20'000 auf CHF 100'000.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein „Regionalverband der Basler Blaukreuzjugend“ für die Jahre 2008 bis und mit 2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 120'000, pauschal und nicht indexiert (Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle: 307C027; Auftrag; 307C02791127 „Spilruum Elsässerstrasse 2008–2011“; Kostenart: 643100) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Grossratsbeschluss betreffend Betriebskostenbeiträge an die „Basler Freizeitaktion“

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2008 -2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF2'884'723, die unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten sowie die ordentliche Instandhaltung von Liegenschaften zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Betriebskostenbeitrag

Antrag

Die SVP Fraktion, unterstützt von der LDP und der FDP, beantragt eine Reduktion des jährlichen Betriebskostenbeitrags um CHF 20'000 auf CHF 2'864'723.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 24 Stimmen, den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten

unentgeltliche Benützung von Räumlichkeiten (Holzpavillon)

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein „Basler Freizeitaktion“ in den Jahren 2008 bis und mit 2011 folgende Subventionen auszurichten:

Der Verein „Basler Freizeitaktion“ erhält einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 2'884'723 pauschal und nicht indiziert (Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle: 307C020; Auftrag; 307C02091120 „Verein Basler Freizeitaktion 2008–2011“; Kostenart: 643100).

Unentgeltliche Überlassung der Räumlichkeiten:

- Elsässerstrasse 2 (Wert 2007: CHF 51'720 p.a.)
- Meret Oppenheimerstr. 80 (Wert 2007: CHF 45'668 p.a.)
- Brennerstrasse 9 (Wert 2007: CHF 33'614 p.a.)
- Unterer Rheinweg 170 (Wert 2007 CHF 30'576 p.a.)

Unentgeltliche Benützung des Holzpavillons auf dem Schulareal Wasgenring, Welschmattstrasse 30 (Bachgrabenpromenade, Jugendtreffpunkt Iselin), der vom Erziehungsdepartement zur Verfügung gestellt wird.

Zusätzlich wird auch die ordentliche Instandhaltung für folgende Liegenschaften übernommen:

- Elsässerstrasse 2 (JT St. Johann)
- Meret Oppenheimerstrasse 80 (JT Gundeli)
- Brennerstrasse 9 (JT Neubad)
- Egliseestrasse 90 (JT Eglisee)
- Welschmattstrasse 30 (JT Bachgraben)
- Unterer Rheinweg 168 (JT Dreirosen)
- Münchensteinerstrasse 1 (Sommercasino)

Für die Instandhaltung der oben genannten Liegenschaften ist das Baudepartement, Hauptabteilung Hochbau, Gebäudeunterhalt verantwortlich: Die Instandsetzung von Dach und Fach sowie der Innenräume dieser Liegenschaften in angemessenen Zeitabständen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

5. Grossratsbeschluss betreffend Eulerstrass nüün E9 Jugend und Kultur

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2008 -2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 90'000 zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

Die SVP Fraktion, unterstützt von der LDP und der FDP, beantragt eine Reduktion des jährlichen Betriebskostenbeitrags um CHF 10'000 auf CHF 80'000.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 22 Stimmen, den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein "Verein Eulerstrooss nüün" für die Jahre 2008 bis und mit 2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 90'000, pauschal und nicht indexiert (Buchungskreis: 3070 „Subventionen“; Kostenstelle: 307C023; Auftrag; 307C02391123 „Verein Eulerstrooss nüün 2008–2011“; Kostenart: 643100) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Grossratsbeschluss betreffend Jugendzentrum Dalbeloch

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2008 -2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 200'000 zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Trägerverein „Jugendzentrum Dalbeloch“ für die Jahre 2008 bis und mit 2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 200'000, pauschal und nicht indexiert (Buchungskreis: 3070 „Subventionen“; Kostenstelle: 307C034; Auftrag; 307C03491134 „Jugendzentrum Dalbeloch 2008–2011“; Kostenart: 643100) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Grossratsbeschluss betreffend Mobile Jugendarbeit Basel

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2008 -2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 240'000 zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Antrag

Die SVP Fraktion, unterstützt von der LDP und der FDP, beantragt eine Reduktion des jährlichen Betriebskostenbeitrags um CHF 50'000 auf CHF 290'000.

Voten: *Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 24 Stimmen, den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein „Mobile Jugendarbeit Basel“ für die Jahre 2008 bis 2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 340'000 pauschal und nicht indexiert (Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle: 307C032; Auftrag; 307C03291132 „Verein Mobile Jugendarbeit Basel 2008–2011“; Kostenart: 643100) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Grossratsbeschluss betreffend Schwarzer Peter

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2008 -2011 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 200'000 zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein für Gassenarbeit „Schwarzer Peter“ für die Jahre 2008 bis 2011 einen jährlichen maximalen Betriebskostenbeitrag von CHF 200'000 pauschal und nicht indexiert (Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle: 307C010; Auftrag; 307C01091110 „Verein für Gassenarbeit „Schwarzer Peter“ 2008–2011“; Kostenart: 643100) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Christine Heuss betreffend gleitende Jahres- und Monatsabonnemente bei den Basler Verkehrsbetrieben (08.5009.01).
- Schriftliche Anfrage Jörg Vitelli betreffend Einfahrten in den Kreisel Dorenbach (08.5017.01).
- Schriftliche Anfrage Jörg Vitelli betreffend Tram-Anzeigetafeln im Bahnhof SBB (08.5018.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der Sitzung: 17:59 Uhr

Basel, 17. Januar 2008

Brigitta Gerber
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Ausgabenbericht Veloparking "Bahnhof St. Johann", Vogesenplatz. Verbesserung der Veloabstellplatz-Situation im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Vogesenplatzes.	UVEK	BD	07.1275.01
2.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JD	07.1925.01
3.	Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der "Initiative gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs".		JD	07.1138.01
4.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Bericht 07.0599.01 betreffend Subventionserneuerungen und Betriebskostenbeiträge im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und 2 Ratschlägen und 6 Ausgabenberichten.	BKK	JD	07.0599.10-07.0599.18
5.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 06.1769.03 betreffend Tramverlängerung Linie 8 Kleinhüningen - Weil am Rhein.	UVEK	WSD	06.1769.04
6.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten zur Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft.		JD	07.5154.02
7.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Bachmann und Konsorten betreffend die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung.		BD	00.6589.04
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Unterbindung des motorisierten Schleichverkehrs in den Quartierstrassen im Matthäusquartier.		SiD	06.5040.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Verwendung von Mitteln aus dem Fonds der Mehrwertabgabe.		BD	05.8348.02
10.	Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Erweiterung der Stellvertretungsmöglichkeiten in Grossratskommissionen.	Ratsbüro		05.8427.02
11.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend kürzere Arbeitszeit - mehr Ferien.		FD	07.5191.02
12.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Loretta Müller und Konsorten betreffend 2.5 Sport- und Bewegungsförderung.		ED	07.5079.02
13.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beat Jans und Konsorten betreffend Ergänzung der Kantonsverfassung mit Klimaschutzziele im Gebäudebereich.		BD	07.5153.02
14.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion André Weissen und Konsorten betreffend Sportgesetz für den Kanton Basel-Stadt.		ED	07.5204.02
15.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Loretta Müller und Konsorten betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren.		JD	07.5151.02
16.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Gebäudepass - die Energiekette fürs Haus.		BD	07.5152.02
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Noëmi Sibold und Konsorten betreffend Geschichte der Verdingkinder.		JD	05.8465.02
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer betreffend Verbesserung der öV-Verbindungen auf das Bruderholz und zum Bruderholzspital.		WSD	06.5136.02
19.	Budgetpostulate zum Budget 2008.			
a)	Martina Saner betreffend Dienststelle Nr. 702 / Abteilung Gesundheitsdienste / Ausgleich der wegfallenden Beiträge von Basel-Landschaft zu Gunsten der SRB			07.5367.01

- | | | | | |
|----|---|--|--|------------|
| b) | Toni Casagrande betreffend Dienststelle Nr. 506 / Sicherheitsdepartement Kantonspolizei | | | 07.5371.01 |
| c) | Doris Gysin und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 3070 / JD Subventionen | | | 07.5372.01 |
| d) | Beat Jans betreffend Dienststelle Nr. 651 / Hochbau- und Planungsamt | | | 07.5373.01 |
| e) | Urs Müller-Walz betreffend Dienststelle Nr. 280 / Kultur | | | 07.5380.01 |

Überweisung an Kommissionen

- | | | | | |
|-----|---|--------------|-----|------------|
| 20. | Ratschlag betreffend Kredit für die Errichtung von neuen Normwarteallen für die BVB. | UVEK | WSD | 07.1895.01 |
| 21. | Ratschlag betreffend Erweiterung Alterssiedlung Rheinfelderstrasse. Areal zwischen Wettsteinallee, Rheinfelderstrasse und Chrischonaweglein. Festsetzung eines Bebauungsplans. | BRK | BD | 07.1893.01 |
| 22. | Ausgabenbericht betreffend Subvention an den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel für die Fachstelle Plusminus für die Jahre 2008 - 2012. | GSK | WSD | 07.1151.01 |
| 23. | Ausgabenbericht betreffend Subvention an die beiden Vereine "Treffpunkt für Stellenlose Gundeli" und "Treffpunkt Glaibasel" für die Jahre 2008 - 2012. | GSK | WSD | 07.1151.02 |
| 24. | Ratschlag betreffend Wildsteinerstrasse. Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Entwidmung einer Fläche aus dem Verwaltungsvermögen und Abweisung von Einsprachen im Bereich Wildensteinerstrasse, Baldeggerstrasse und Bechburgerstrasse (Areal Wildensteinerstrasse). | BRK | BD | 07.1982.01 |
| 25. | Rücktritt von Dr. Patrizia Schmid Cech als Ersatzrichterin beim Strafgericht per 1. April 2008. | WVKo | | 07.5391.01 |
| 26. | Petition P247 für den Erhalt von zehn gesunden, schönen Alleebäumen am Altrheinweg. | PetKo | | 07.5395.01 |

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | | |
|-----|--|--|--|------------|
| 27. | Motionen: | | | |
| a) | Daniel Stolz und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine klar geregelte Wegweisung | | | 07.5357.01 |
| b) | Anita Heer und Konsorten betreffend Änderung des Polizeigesetzes - Schaffung der Möglichkeit der Wegweisung zur Verhinderung von Gewaltausübung gegenüber Personen | | | 07.5369.01 |
| c) | Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend der Einführung eines ÖV-Fonds | | | 07.5370.01 |
| 28. | Anzüge: | | | |
| a) | Christian Egeler und Konsorten betreffend Tramverlegung in die Spitalstrasse | | | 07.5347.01 |
| b) | Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel | | | 07.5358.01 |
| c) | Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Schaffung eines Lehrmittels zur Geschichte der trinationalen Region Basel | | | 07.5359.01 |
| d) | Tommy Frey und Konsorten betreffend Benotung von Schülerinnen und Schülern im Bildungsraum Nordwestschweiz | | | 07.5375.01 |
| e) | Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend kinderfreundliches Basel | | | 07.5376.01 |
| f) | Andreas Ungricht und Konsorten betreffend mehr Nachtparkplätze in den Quartieren | | | 07.5377.01 |
| g) | Christoph Wydler und Konsorten betreffend digitalen Fernsehempfang im Basler Kabelnetz ohne Zusatzgebühren | | | 07.5381.01 |

h)	Patrick Hafner und Konsorten betreffend Schutz von Kindern und Jugendlichen vor ungeeigneten Kulturveranstaltungen	07.5385.01
i)	Patrick Hafner und Konsorten betreffend Sinn und Unsinn von Laubbläsern	07.5386.01
j)	Peter Zinkernagel und Konsorten betreffend Sanierungskonzept der "Wohnsiedlung Bäumlihof"	07.5387.01
29.	Antrag Annemarie Pfeifer und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend gesamtschweizerische Richtlinien für die aktive Sterbehilfe.	07.5368.01
30.	Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2009:	
a)	Patricia von Falkenstein betreffend Dienststelle Nr. 280 / Ressort Kultur / Neue Subventionen	07.5350.01
b)	Martina Saner betreffend Dienststelle Nr. 702 / Abteilung Gesundheitsdienste / Ausgleich der wegfallenden Beiträge von Basel-Landschaft zu Gunsten der SRB	07.5366.01
c)	Roland Engeler-Ohnemus betreffend WSD / Öffentlicher Verkehr, Globalbudget, Produktgruppe Tram und Bus	07.5374.01
d)	Guido Vogel betreffend Sicherheitsdepartement	07.5379.01
e)	Sibylle Benz Hübner betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle Nr. 2260 / Primarschule (und 2350 OS)	07.5394.01
f)	Elisabeth Ackermann betreffend Dienststelle Nr. 303 / Vormundschaftsbehörde / Subventionserhöhung	07.5396.01

Kenntnisnahme

31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Revision der IWB Gewinnablieferung (stehen lassen).	BD	05.8315.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrollen (MFK) in beiden Basel (stehen lassen).	SiD	05.8362.02
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Zusammenlegung der Verkehrszentralen (stehen lassen).	SiD	05.8363.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Heuss und Konsorten betreffend Gesamtkonzept für Mensabetriebe an den Basler Schulen (stehen lassen).	ED	05.8301.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Heilbronner-Uehlinger betreffend der Schrägparkplätze in der Colmarerstrasse.	SiD	07.5269.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabi Mächler und Konsorten für Teilzeitstellen bei den Gerichtspräsidien (stehen lassen).	JD	03.7620.03
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage von Patricia von Falkenstein betreffend Bau einer Finnenbahn auf der Luftmatt.	ED	07.5230.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost betreffend Pilzkontrolle.	GD	07.5264.02
39.	Rücktritt von Dr. Dieter Moor als Appellationsgerichtspräsident per 31. Dezember 2008. (auf den Tisch des Hauses)		07.5392.01
40.	Rücktritt von Paul Roniger als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses)		07.5388.01
41.	Rücktritt von Paul Roniger als Mitglied der Finanzkommission per 15. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses)		07.5389.01

- | | | |
|-----|--|------------|
| 42. | Rücktritt von Paul Roniger als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel per 15. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses) | 07.5393.01 |
| 43. | Rücktritt von André Weissen als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 19. Februar 2008. (auf den Tisch des Hauses) | 07.5390.01 |
| 44. | Rücktritt von Hansjörg M. Wirz als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2008. (auf den Tisch des Hauses) | 08.5008.01 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Antrag

a) Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend gesamtschweizerische Richtlinien für die aktive Sterbehilfe

07.5368.01

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Basel-Stadt bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative einzureichen: Gestützt auf den Artikel 160, Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Basel-Stadt der Bundesversammlung folgende Initiative: Die Bundesversammlung wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen und Beschlüsse für eine würdige Sterbebegleitung von Schwerstkranken und zum Schutz von suizidgefährdeten Menschen vor profitorientierten Sterbehilfsorganisationen zu erlassen. Die folgenden Anliegen sollen besonders berücksichtigt werden.

- a) Art. 115 StGB soll so verschärft werden, dass Beihilfe zum Suizid nur dann straffrei bleiben soll,
- wenn die Personen oder Organisationen, die Suizidbeihilfe leisten, dafür absolut keine finanziellen Leistungen oder andere geldwerte Vorteile von der sterbewilligen Person oder ihrem Umfeld entgegen nehmen,
 - wenn der Sterbewillige an einem schweren, unheilbaren Leiden erkrankt ist und die palliativen Möglichkeiten ausgeschöpft sind,
 - wenn bei der sterbewilligen Person ein über längere Zeit andauernder, stabiler Sterbewunsch vorhanden und durch eine praktizierende Arztperson verlässlich dokumentiert ist.
- b) bei psychisch kranken Menschen soll zu deren eigenen Schutz Beihilfe zur Selbsttötung nicht zulässig sein
- c) eine gesamtschweizerische Regelung soll den Sterbetourismus in die Schweiz und zwischen den Kantonen verhindern

Begründung:

Im Vergleich zu anderen Staaten in Europa kennt die Schweiz eine weitgehend liberale Gesetzgebung. Zwar ist Beihilfe oder Anstiftung zur Selbsttötung verboten, verfolgt wird aber nur, wer «aus selbstsüchtigen Gründen» handelt. Damit ist die Schweiz eines der wenigen Länder, welches Beihilfe zum Selbstmord zulässt. Als Folge davon haben sich in der Schweiz gleich mehrere Sterbehilfe-Organisationen etabliert. Zudem wird die Schweiz in immer stärkerem Masse mit einem Sterbetourismus konfrontiert, der eine seriöse Begleitung und Beratung der Leidenden verunmöglicht. Längst nicht immer werden die Möglichkeiten der palliativen Behandlung ausgeschöpft. Unverantwortlich ist auch Suizidbeihilfe an psychisch Kranken. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die bestehenden rechtlichen Mittel ausreichen würden, um Missbrauch bei der Sterbehilfe zu vermeiden. Erfindet, es sei Sache der Kantone und Gemeinden, das Straf- und Gesundheitsrecht konsequent anzuwenden. Die Unterzeichnenden finden aber, dass die ethischen Fragen rund um ein würdiges Ende des Lebens gewichtig genug sind, um sie einheitlich zu regeln. Dabei soll sichergestellt werden, dass Behinderte und Schwerstkranke nicht als lebensunwürdig eingestuft werden und Sterbebegleitung vor allem Pflege und seelischen Beistand beinhaltet.

Annemarie Pfeifer, Heinrich Ueberwasser, Annemarie von Bidder, Urs Joerg, Dieter Stohrer, Christoph Wydler

Motionen

a) Motion betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine klar geregelte Wegweisung

07.5357.01

Im Laufe der erfreulich gewaltlosen Herbstmesse 2007 wurde klar, dass ein Jugendanwalt Jugendlichen, die gewalttätig aufgefallen waren, nach einer ersten schriftlichen Verwarnung einer zweiten Runde den Zugang zum Herbstmesseareal Kasernen untersagt hat. Wenn sie dies nicht respektiert hätten und noch einmal wegen Gewaltausübung aufgegriffen worden wären, hätte ihnen gedroht, in polizeiliches Gewahrsam genommen zu werden. Soweit kam es aber nicht. Dieses Vorgehen hat sich offenbar bewährt, kam es doch zu weniger Gewalttaten als früher.

Klar ist aber auch, dass die gesetzliche Grundlage für das Vorgehen des Jugendanwaltes fehlt. Ein Rayonverbot ist ein klarer Eingriff in die Freiheitsrechte der betroffenen Person. Die Bewegungsfreiheit ist eine der grossen

Errungenschaften des Kampfes um bürgerliche Freiheitsrechte.

Zu dieser Bewegungsfreiheit gehört aber auch, dass man diese nutzen kann, ohne das Risiko einzugehen, dass man bedroht wird. Sonst nützt das Recht der Bewegungsfreiheit auch nichts. Also stellt sich die delikate Frage, wann man das Recht auf Bewegungsfreiheit einschränken darf. Sicherlich dann, wenn die Sicherheit und persönliche Integrität der Anderen gefährdet wird. Gewaltausübung ist leider eine Realität in unserer Gesellschaft. Sie kann sicher nicht nur mit einer Massnahme bekämpft werden. Angesichts der steigenden Anzahl an Gewaltpatienten sind aber Massnahmen nötig.

Damit das Instrument einer Wegweisung aber im Sinne des liberalen Rechtsstaates angewendet werden kann, braucht es dringend eine klare gesetzliche Grundlage mit einer genauen Regelung unter welchen Bedingungen eine Wegweisung erfolgen darf. Die Gründe müssen abschliessend aufgeführt werden. Zudem muss der Platzverweis auch örtlich wie auch zeitlich beschränkt sein, so dass das die Verhältnismässigkeit gewahrt bleibt. Regierungsrat Hanspeter Gass hat entsprechende Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bereits in Auftrag gegeben. Wir wollen ergänzend dazu einen parlamentarischen Auftrag für den Regierungsrat.

Die Unterzeichnenden beauftragen deshalb den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, eine gesetzliche Grundlage für einen Wegweisungsartikel mit klaren und abschliessenden Gründen dem Grossen Rat vorzulegen.

Daniel Stolz, Helmut Hersberger, Ernst Mutschler, Christophe Haller, Christine Heuss, Bruno Mazzotti, Giovanni Nanni, Markus G. Ritter, Christine Locher-Hoch, Roland Vögtli, Urs Schweizer, Rolf Stürm, Rolf Jucker, Christian Egeler

b) Motion betreffend Änderung des Polizeigesetzes - Schaffung der Möglichkeit der Wegweisung zur Verhinderung von Gewaltausübung gegenüber Personen

07.5369.01

Gewalttätige Übergriffe auf Personen und gewalttätige Auseinandersetzungen unter Personengruppen sind leider immer wieder Realität in unserer Gesellschaft. Diese Ereignisse finden auch im öffentlichen Raum statt, oft an denselben Örtlichkeiten und öffentlichen Veranstaltungen. Dies verursacht Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung. Als Konsequenz davon werden gewisse Örtlichkeiten von einem gewissen Teil der Bevölkerung gemieden und nicht mehr aufgesucht. Diese Tatsache ist sehr unbefriedigend.

Das baselstädtische Polizeigesetz sieht bereits heute eine Palette verschiedener Instrumente vor, mit welchen die Polizei auf solche Gewaltereignisse reagieren kann. Zur Zeit fehlt es jedoch an einer gesetzlichen Grundlage im Polizeigesetz, womit die Polizei in diesen Fällen auch Wegweisungen aussprechen könnte. Häufig wäre es aber in den oben aufgeführten Situationen sinnvoll und das am wenigsten einschneidendste und effektivste Mittel, wenn einzelnen Personen - die bereits eine grosse Gewaltbereitschaft gegenüber Personen an den Tag gelegt haben oder bei denen stark damit gerechnet werden muss, dass sie dies tun werden - für einen klar definierten Zeitraum untersagt werden könnte, sich in einem klar definierten Gebiet in der Stadt aufzuhalten. Dadurch könnten in gewissen Fällen weitere oder neue Gewaltausschreitungen verhindert werden.

Obwohl eine Wegweisung zweifelsohne für den/die davon Betroffene/n eine Einschränkung seiner/ihrer Bewegungsfreiheit darstellt, rechtfertigt sich diese Einschränkung nach Auffassung der Unterzeichnenden in gewissen Situationen. Dann nämlich und zwar nur dann, wenn es darum geht, Gewalt an Personen zu verhindern.

Die Regierung wird deshalb gebeten, das Polizeigesetz mit folgendem Artikel zu ergänzen:

§ 42a Droht von einer Person an einem bestimmten Ort akute Gewalt gegenüber anderen Menschen, so kann sie die Polizei vom entsprechenden Ort wegweisen und ihr dessen Betreten bis maximal einen Monat verbieten.

²Die akute Drohung von Gewalt kann nur angenommen werden, wenn die Person am entsprechenden Ort bereits nachweislich Gewalt ausgeübt hat oder am entsprechenden Ort unmittelbare und konkrete Anstalten trifft, aus denen auf eine akute Gefahr der Gewaltausübung geschlossen werden muss.

³Der Ort, von dem jemand weggewiesen wird, ist genau zu bezeichnen.

Hinzu kommen die entsprechenden Artikel, in welchen der Rechtsmittelweg garantiert wird.

Anita Heer, Beat Jans, Tino Krattiger, Hasan Kanber, Heinrich Ueberwasser, André Weissen, Helen Schai-Zigerlig, Ruth Widmer, Dominique König-Lüdin, Jürg Meyer, Christine Keller, Oswald Inglin, Stephan Maurer, Annemarie von Bidder, Martin Hug

c) Motion betreffend der Einführung eines ÖV-Fonds

07.5370.01

Der Ausbau eines Schienennetzes für Tram und Bahn scheidet häufig an Fragen der Finanzierung. Der Kanton Zürich andererseits macht es mit seinem ÖV-Fonds vor, wie es möglich ist, sinnvoll in den ÖV (mit Tram- und S-Bahn-Projekten) zu investieren und damit den ÖV gezielt auszubauen. Aktuellste Beispiele bilden die Tramverlängerung Zürich-West und der unterirdische Durchgangsbahnhof Löwenstrasse. Dies muss als Vorbild gelten, auch wenn unser Stadtkanton nicht die gleiche territoriale Ausdehnung hat wie der Kanton Zürich. Denn aufgrund der Klimaproblematik, der Lufthygiene und aufgrund des Mobilitätsverhaltens sind auch in unserem Kanton

besondere Anstrengungen nötig. Ausserdem ist es Fakt, dass bereits heute mehrere Tramlinien-Verlängerungen und Tramlinien-Ergänzungen sowie S-Bahnprojekte anstehen oder angedacht sind. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sollen folgende Vorhaben erwähnt werden: Verlängerungen der Tramlinien 3 und 11, Tramgleis Erlenstrasse/Schwarzwaldallee, Tramverlängerung in Richtung Wiesekreisel, Tramverlängerung Grenzacherstrasse - Schwarzwaldallee - Bad. Bahnhof (Roche Areal), Trammerschliessung Dreispitzareal, sowie S-Bahn-Projekte (Herzstück, Variante Nord und Nordbogen - siehe auch die Medienmitteilung RR vom 20.11.2007).

Mit Hilfe eines ÖV-Fonds könnten im Rahmen des Staatshaushaltes langfristig Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs gesetzt werden.

Aus den oben ausgeführten Gründen bitten die unterzeichnenden Motionärinnen und Motionäre den Regierungsrat, im Sinne einer Spezialfinanzierung einen ÖV-Fonds zu schaffen. Es sei innert zwei Jahren das ÖV-Gesetz zu ergänzen oder ein neues ÖV-Fondsgesetz zu erlassen, unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

- der ÖV-Fonds soll beispielsweise aus folgenden Mitteln finanziert werden: aus kantonalen LSVA-Anteilen (s. Motion Bernasconi und Konsorten betreffend Verwendung kantonalen LSVA-Anteile), aus Bundesbeiträgen, aus Erträgen der Parkraumbewirtschaftung und aus allgemeinen Steuermitteln
- die Mittel aus dem ÖV-Fonds dienen den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (Tramverlängerungen, Tramnetzergänzungen und Tramnetzoptimierungen, S-Bahn-Ausbau)
- dem ÖV-Fonds wird jährlich ein Mindestbetrag zugesprochen
- der ÖV-Fonds untersteht dem Finanzhaushaltsgesetz (Ausgabenreferendum).

Patrizia Bernasconi, Stephan Maurer, Jörg Vitelli, Christoph Wydler, Christian Egeler, Stephan Gassmann, Stephan Ebner, Roland Engeler-Ohnemus, Pius Marrer, Thomas Grossenbacher, Markus Benz, Heinrich Ueberwasser

Anzüge

a) Anzug betreffend Tramverlegung in die Spitalstrasse

07.5347.01

Im Rahmen der Einführung der von BVB und BLT gemeinsam beschafften neuen Tango-Tramzüge sollen die Tramgeleise im vorderen Teil der St. Johans-Vorstadt weiter auseinandergelegt werden. Ein Gleisanpassungsprojekt ist derzeit in Ausarbeitung.

Anstelle einer Anpassung der Geleise in dieser engen Altstadtstrasse mit bereits heute problematischen Verkehrsverhältnissen sollte die Notwendigkeit der Änderung an den Gleisanlagen unbedingt zum Anlass genommen werden, eine Verlegung der Tramlinie 11 in die Spitalstrasse zu prüfen. Eine mögliche Streckenführung wäre eine Abzweigung vom jetzigen Trasse, am Ende des Blumenrain in die Spitalstrasse, und anschliessend via St. Johans-Ring wieder in die heutige Linienführung, etwa auf der Höhe des St. Johans-Tors.

Die Spitalstrasse und ihre Umgebung verfügen über eine ausserordentlich hohe Dichte an publikumsintensiven Einrichtungen und Arbeitsplätzen, welche so besser an das Tramnetz angeschlossen würden: Unispital Klinikum 1, Frauenklinik mit Geburtenabteilung, Universitätskinderklinik, zukünftiges Life-Sciences-Institut auf dem Areal Schällemätteli, Uni-Institute für organische Chemie, für anorganische Chemie, für Physik und für Sportmedizin, ETH-Institut Stadt der Gegenwart, Anatomisches Institut, Institut für Rechtsmedizin, Berufsschulen im Gesundheitswesen, Biozentrum. Eine solche Linienführung bietet sich in besonderer Weise an, da sich auf der gesamten Länge der Spitalstrasse fast keine Wohnungen befinden.

Die Wohnqualität an der St. Johans-Vorstadt würde durch eine solche Linienführung massiv verbessert. Die häufigen Störungen des Trambetriebs durch parkierte Autos könnten eliminiert werden, die sinnvolle Einführung des Velogegenverkehrs würde ermöglicht, der Warenumschatz wäre begünstigt indem keine Parkplätze wegfielen und die Fussgängersicherheit könnte massiv erhöht werden. Zudem bestünde die Möglichkeit breiterer Trottoirs in der Vorstadt und grösserer Grünparkflächen am St. Johans-Platz.

Da laut BLT die Änderungen an der Gleisanlage bis zur vollumfänglichen Einführung der neuen Tramzüge im Jahre 2012 abgeschlossen sein sollen, müssten die Planungsarbeiten umgehend begonnen werden. Es wäre schade, aus zeitlichen Gründen auf ein Projekt zu verzichten, welches einerseits das innere St. Johans-Quartier mit all seinen Spital- und Universitätsnutzungen besser erschliesst, und andererseits die Wohnqualität auf der nördlichen Uferseite der Grossbasler Innenstadt, einer sehr begrenzten Lage am Rhein, deutlich verbessert. Kurzfristige Investitionen in die Gleisanlage der St. Johans-Vorstadt würden schlussendlich durch grosse Kompromisse erkauft, kaum wirklich befriedigen und weitsichtigeren Verkehrs- und Wohnraumentwicklungen für lange Zeit blockieren.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat, zu prüfen und berichten,

- ob eine Verlegung der heutigen Tramlinie 11 in die Spitalstrasse zwischen Blumenrain und St. Johans-Tor realisierbar ist

- ob zusätzlicher Nutzen entsteht, allenfalls als spätere Erweiterung, wenn die heutige Tramlinie 11 nicht über den St. Johannis-Ring in die Elsässerstrasse, sondern auf dem ursprünglichen Trasse der Elsässerbahn (via Vogesenstrasse) direkt zum Bahnhof St. Johann und erst auf der Höhe Voltaplatz wieder in die Elsässerstrasse geführt würde.

Christian Egeler, Stephan Gassmann, Michael Wüthrich, Emmanuel Ullmann, Peter Zinkernagel, Christoph Wydler, Andrea Bollinger, Brigitte Strondl, Guido Vogel, Eduard Rutschmann, Jörg Vitelli, Patrizia Bernasconi, Stephan Maurer

b) Anzug betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel

07.5358.01

Wenn sich die sozialen Probleme im ausserschulischen Bereich negativ auf die Lernfähigkeit und das Verhalten des Kindes auswirken oder die Eltern die Zusammenarbeit mit der Schule nicht wahrzunehmen vermögen, sind Aufgabenbereiche angesprochen, die in vielen Fällen die fachliche und berufliche Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer übersteigen. Bereits bestehende ausserschulische Hilfsangebote können offensichtlich nicht genügend genutzt werden. Eine Unterstützung durch Schulsozialarbeit könnte hier Abhilfe leisten.

Die nationale Kampagne "Stark durch Erziehung" des Schweiz. Bundes für Elternbildung, welche im September 2006 gestartet ist, macht deutlich, dass sowohl auf Bundes- wie auf Kantonsebene Handlungsbedarf im Bereich Erziehung erkannt worden ist.

An der WBS besteht bereits das Angebot von Schulsozialarbeit in Form von 80 Stellenprozent pro Standort, die Berufsfachschulen (AGS und BFS) bieten Lernberatung an. Die Sozialarbeitenden arbeiten niederschwellig und sind vor Ort in den Schulhäusern an einem wichtigen Lebensmittelpunkt der Jugendlichen präsent. Niemand der involvierten Personen (Schüler/innen, Eltern, Lehrpersonen, Lehrbetriebe) möchte dieses Angebot missen und wertet die Auswirkungen dieser Arbeit als sehr positiv und unterstützungswürdig.

Seit Oktober 2006 besteht an der Primarschule Basel ein Pilotprojekt "Schulsozialarbeit" für das St. Johann-Schulhaus. Eine Sozialarbeiterin mit einem 70 % Pensum (Jahresarbeitszeit) ist täglich im Schulhaus präsent und Ansprechperson für Schüler/innen, Lehrpersonen und Eltern. Durch die Beratungstätigkeit der SSA kann sie positiv auf das Erziehungsumfeld des einzelnen Kindes eingehen, präventiv absehbare Schwierigkeiten ansprechen und bei der Erarbeitung von Lösungen mitwirken. Obwohl das Pilotprojekt auf drei Jahre befristet ist und extern evaluiert wird, kann schon nach einem Jahr eine sehr positive Bilanz gezogen werden.

Aufgrund dieser durchwegs positiven Reaktionen und in Anbetracht der fortschreitenden Entwicklung zur Volksschule stellt sich die Frage, ob nicht flächendeckend an allen Schulstandorten der Volksschule (Kindergarten bis Sekundarstufe I) ein Angebot an Schulsozialarbeit eingerichtet werden kann. Auch die GPK hat sich bereits mehrfach in positiver Weise zur SSA geäussert und fordert in ihrem Bericht für das Jahr 2005 (p. 24, 06.5251.01) folgendes: "Die GPK wünscht, dass die SSA dort, wo Handlungsbedarf besteht, auch auf OS- und Primarschulstufe ausgedehnt wird."

Wir bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob

- das Pilotprojekt Schulsozialarbeit in der Primarschule Basel schon jetzt auf alle Standorte erweitert werden kann.
- die Schulsozialarbeit flächendeckend an der gesamten Volksschule eingeführt werden kann. Der konkrete Bedarf kann an die quartierspezifischen Verhältnisse angepasst werden.

Esther Weber Lehner, Maria Berger-Coenen, Gisela Traub, Doris Gysin, Roland Engeler-Ohnemus, Ruth Widmer Graff, Dominique König-Lüdin, Brigitte Hollinger, Guido Vogel, Annemarie Pfeifer, Helen Schai-Zigerlig, Heidi Mück

c) Anzug betreffend Schaffung eines Lehrmittels zur Geschichte der trinationalen Region Basel

07.5359.01

Wer an den Basler Schulen Basler Geschichte unterrichten will, dem stehen folgende Lehrmittel zur Verfügung:

- Fritz Meier, Basler Heimatgeschichte, 5. Auflage, 1974
- René Teuteberg, Stimmen aus der Vergangenheit, 2. Auflage 1982
- Peter Holstein u.a., Basler Heimatbuch für 3. und 4. Primarklasse, 1991 (Lehrmittel zur Heimatkunde: A. Annaheim, Basel und seine Nachbarlandschaften, Basel 1971. H. Mugli u.a. Geographie von Basel und seiner Region, Basel 1989)

Alle diese Publikationen sind inzwischen in die Jahre gekommen, ihr Druck wurde teilweise eingestellt.

Inhaltlich sind diese Veröffentlichungen zwar noch immer interessant, allerdings längst nicht mehr auf dem neusten Stand.

Neuere gesellschaftliche Entwicklungen fehlen ganz (z.B. Arbeitsmigration, gewandelte Stellung von Mann und Frau, Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, Umweltgeschichte). Auch hören die Betrachtungen zumeist an den Kantonsgrenzen auf. Der Aspekt, dass sich am Oberrhein eine grenzüberschreitende Agglomeration herausbildet, wird in diesen Geschichtswerken noch nicht gewürdigt.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob er sich vorstellen kann, für die Schulen (und interessierte Laien) die Schaffung eines Lehrmittels zur Geschichte der trinationalen Region Basel in Auftrag zu geben. Die Unterzeichnenden können sich vorstellen, dass dieses Werk zumindest teilweise auch in elektronischer Form angeboten werden kann.

Roland Engeler-Ohnemus, Isabel Koellreuter, Oswald Inglin, Sibylle Benz Hübner, Heidi Mück, Thomas Grossenbacher, Urs Joerg, Maria Berger-Coenen, Helen Schai-Zigerlig, Martin Lüchinger, Rolf Häring

d) Anzug betreffend Benotung von Schülerinnen und Schülern im Bildungsraum Nordwestschweiz

07.5375.01

Mit dem zurzeit angestrebten Bildungsraum Nordwestschweiz wird das Ziel verfolgt, Strukturdifferenzen zwischen den Nordwestschweizer Kantonen auszugleichen. Doch gerade bei der für Schülerinnen und Schüler wichtigen Frage der Benotung herrschen komplett unterschiedliche Regelungen. So wird im Kanton Aargau von der 1. Klasse an, im Baselbiet ab der 3. und in Solothurn ab der 4. Klasse benotet. Basel-Stadt bildet mit Einsetzen der Benotung in der 7. Klasse das Schlusslicht. Dem Anzugsteller scheint es angebracht, dass mit einer strukturellen Vereinheitlichung auch transparente Vergleichsmöglichkeiten und eine hohe Durchlässigkeit über Kantonsgrenzen hinaus geschaffen werden.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zu prüfen und zu berichten, inwiefern er sich im Rahmen der Verhandlungen um den Bildungsraum Nordwestschweiz dafür einsetzen kann, dass

die Benotung von Schülern in den einzelnen Fächern in allen beteiligten Kantonen zum gleichen Zeitpunkt einsetzt die Benotung möglichst früh einsetzt.

Tommy Frey, Oskar Herzig, Angelika Zanolari, Alexander Gröflin, Désirée Braun, Rudolf Vogel, Eduard Rutschmann, Andreas Ungricht, Sebastian Frehner, Rolf Janz, Roland Lindner, Patrick Hafner

e) Anzug betreffend kinderfreundliches Basel

07.5376.01

Der Regierungsrat legt im Politikplan 2008 bis 2011 grossen Wert auf die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. So gibt er sich das Ziel: „Gestalten optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich, unterstützen und stärken der Familie“...

Wie in vielen andern Schweizer Gemeinden fehlt aber eine klar messbare Zielvorgabe. Deshalb hat die UNICEF die Bewegung „Kinderfreundliche Gemeinde“ gestartet mit dem Ziel, schweizweit in den Gemeinden ein gutes Umfeld für die Kinder zu schaffen und den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, das Label „Kinderfreundliche Gemeinde / Stadt“ zu erwerben. Dies soll eine Hilfe sein, die Kinderrechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind, umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Bundesämtern (BAG, BSV, ARE, eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen) wurde ein standardisierter Prozess zum Erreichen dieser Auszeichnung erarbeitet, der Bestandteile enthält wie: Standortbestimmung, Durchführung von Workshops mit Einbezug von Kindern, Ausarbeiten eines Aktionsplans, Evaluation. Informationen sind unter www.kfgunicef.ch abzurufen.

Basel ist bekannt als Messe- und Kulturstadt. Eine Auszeichnung als familienfreundliche Stadt würde das von allen unterstützte Ziel einer Stabilisierung der Einwohnerzahl und Verjüngung der Bevölkerung positiv verstärken. Vor allem aber könnte das in einer Stadt oft problematische Umfeld für Kinder verbessert werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob er gewillt ist, sich für die Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde“ zu bewerben und die nötigen Massnahmen zum Erreichen dieser Auszeichnung einzuleiten.

Annemarie Pfeifer, Helen Schai-Zigerlig, Doris Gysin, Lukas Engelberger, Stephan Maurer, Loretta Müller

f) Anzug betreffend mehr Nachtparkplätze in den Quartieren

07.5377.01

Es ist nicht allen berufstätigen Leuten möglich, für den Arbeitsweg die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Nicht alle Erwerbstätigen arbeiten in der Stadt oder in der nahen Agglomeration. Dazu kommen Berufstätige im Schichtbetrieb, sowie im Piktettdienst. Diese Alle haben in diversen Quartieren ab 19 Uhr Schwierigkeiten, einen Parkplatz zu finden. Zehn bis fünfzehn Minuten herumzufahren und schlussendlich einen Parkplatz bis zu einem Kilometer vom Wohnort entfernt zu finden, kann keine Lösung sein. Manchmal hat man Glück und findet eine Möglichkeit im Parkverbot, doch dies ist riskant und kann hin und wieder teuer werden.

An einigen Orten sollte es doch möglich sein, für die Nachtzeit vorübergehende Parkplätze zu schaffen.

So zum Beispiel am Wasgenring in Fahrtrichtung Morgartenring. Diese Strasse ist bis zur Kreuzung Allschwilerstrasse vierspurig. Dem Anzugsteller scheint es aber durchaus möglich zu sein, dass dieser Abschnitt jeweils ab 20 Uhr nur noch einspurig befahren wird und die rechte Spur bis morgens 6 Uhr für Parkplätze zur Verfügung steht. Allein im Abschnitt vom Wasgenring 90 bis zum Verkehrsgarten könnten ohne weiteres 26 Plätze für die Nacht geschaffen werden. Dieser Anzug möchte damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der Standortfrage Basel-Stadt leisten.

Aufgrund dieser Beschreibung bittet der Anzugsteller den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten

- ob diese oben beschriebene Möglichkeit umgesetzt werden kann
- ob es noch weitere Möglichkeiten gibt, in Basels Quartieren diese Sachlage merklich zu verbessern.

Andreas Ungricht, Alexander Gröflin, Rudolf Vogel, Tommy Frey, Angelika Zanolari, Patrick Hafner, Lorenz Nägelin, Roland Lindner, Rolf Janz, Toni Casagrande, Eduard Rutschmann, Oskar Herzig, Sebastian Frehner, Désirée Braun, Peter Jenni

g) Anzug betreffend digitalen Fernsehempfang im Basler Kabelnetz ohne Zusatzgebühren

07.5381.01

Die Umstellung von analog auf digital verbreitete Fernsehprogramme führt in regelmässigen Abständen zu Schlagzeilen in der Presse. Unzweifelhaft wird der digitale Empfang jedoch in mittlerer Frist den analogen vollständig ablösen. Somit wird die oft diskutierte Frage, wie viele Programme analog empfangbar sind, zunehmend an Bedeutung verlieren.

Basler Abonentinnen und Abonenten bezahlen für die Benützung des Kabelnetzes hohe Empfangsgebühren. Sie dürfen somit erwarten, auch zukünftig die gängigen öffentlich zugänglichen Programme ohne Zusatzkosten empfangen zu können. Dies wird aber durch den Netzbetreiber Cablecom verhindert, indem dieser alle digitalen Programme - auch diejenigen der SRG - nur verschlüsselt verbreitet. Zu deren Empfang muss eine SetTop-Box zusätzlich gemietet oder erworben werden, was der Cablecom Einnahmen generiert. Basler Abonentinnen und Abonenten sind damit schlechter gestellt als andere Bewohnende unserer Region, wird doch auf zahlreichen Kabelnetzen in Nachbargemeinden das Basisangebot unverschlüsselt übertragen. Dies ist umso stossender, als inzwischen auch Empfangsgeräte mit digitalem Eingang auf dem Markt sind, auf denen digitaler Empfang ohne Zusatzgerät möglich ist.

Die unterzeichnenden Anzugstellenden bitten deshalb den Regierungsrat, sich dafür einzusetzen, dass das Radio- und TV-Basisangebot auf dem Basler Kabelnetz auch digital ohne Zusatzkosten empfangen werden kann.

Christoph Wydler, Dieter Stohrer, Urs Müller-Walz, Sibylle Benz Hübner, Markus Benz, Annemarie Pfeifer

h) Anzug betreffend Schutz von Kindern und Jugendlichen vor ungeeigneten Kulturveranstaltungen

07.5385.01

Sinnlose Gewalt, Promiskuität, unnötig und über längere Zeit zur Schau gestellte Nacktheit, Chaos, Orientierungslosigkeit*) – was Kindern und Jugendlichen manchmal unter dem Deckmäntelchen "Kultur" zugemutet wird, geht zu weit. Es kann und darf nicht sein, dass zwar der Zugang zu Filmen und Games mit einer Altersempfehlung geregelt wird, im Theater und ähnlichen Veranstaltungen aber keinerlei Rücksicht auf das Empfinden von Kindern und Jugendlichen genommen wird. Selbstverständlich muss es im Kulturbetrieb auch möglich sein, Heranwachsende mit schwierigen Themen zu konfrontieren – das muss aber altersgerecht und sensibel erfolgen.

Der Anzugsteller bittet die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten:

1. mit welchen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass für Kinder und Jugendliche nicht geeignete Kulturveranstaltungen von diesen auch nicht besucht werden können (analog Altersempfehlungen bei Kinos mit entsprechend geringfügigeren Einschränkungen, wenn die jungen Menschen von Erwachsenen begleitet sind);
 2. ob diese Massnahmen im Sinne einer von den entsprechenden Kulturschaffenden selbst zu erstellenden Kategorisierung und Empfehlung erfolgen können;
 3. mit welchen Massnahmen im Falle einer positiven Beantwortung der zweiten Frage die Angemessenheit und Einhaltung der Empfehlungen sichergestellt werden kann.
- *) Vom Anzugstellenden anlässlich einer Einladung zu einer Vorstellung des Theaters Basel beobachtet, die auch von vielen, zum Teil sehr jungen Menschen besucht war; die jungen Menschen waren nach der Vorstellung zum Teil sichtlich verwirrt, und haben sich auch entsprechend geäussert.

Patrick Hafner, Angelika Zanolari, Eduard Rutschmann, Désirée Braun, Tommy Frey, Rudolf Vogel

i) Anzug betreffend Sinn und Unsinn von Laubbläsern

07.5386.01

Laubbläser sollen ein effizienteres Zusammenbringen von Laub ermöglichen – sie verursachen aber bekanntermassen (sehr) viel Lärm, Staub und Abgase¹. Es ist zudem äusserst umstritten, ob es im Bereich von Gärten und Grünanlagen überhaupt Sinn macht, das Laub zu sammeln und abzuführen².

Der Anzugsteller bittet die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten:

1. mit welchen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass die im Bereich der Strassenreinigung von den Behörden eingesetzten Laubbläser möglichst wenig Lärm, Staub und Abgase verursachen (Einsatz, Wahl der Geräte);
2. ob und wie die Verwendung solcher Geräte durch Privatpersonen (wo es nur zu einem sehr geringen Teil um die – wohl sinnvolle – Reinigung von Verkehrsflächen gehen dürfte) eingeschränkt oder gar verboten werden kann;
3. mit welchen anderen Massnahmen die Emissionen von Lärm, Staub und Abgasen allenfalls auf andere Weise verringert werden können (z.B. Änderung der technischen Vorschriften für solche Geräte, Vorschreiben von Gerätebenzin u.a.).

Es ist dem Anzugsteller bewusst, dass im Jahre 2002 eine Interpellation bezüglich Verwendung von Laubbläsern durch die Stadtreinigung und im Jahre 1988 eine Kleine Anfrage betreffend unsinnige Laubgebläse eingereicht wurden: erstere bezog sich allerdings nur auf den Einsatz durch die Stadt selbst, letztere ist nicht mehr greifbar.

Quellen:

¹ Vgl. z.B. die Internetseite des Gesundheits- und Umweltschutts der Stadt Zürich (!), welche fundiert und detailliert über diese Problematik informiert:

www.stadt-zuerich.ch/internet/ugz/home/fachbereiche/Luftr/Beratung_und_allgemeine_Infos/gartenarbeit_geraetebenzin/laubblaeser.html

² Vgl. z.B. die Internetseite der "Ökostation Freiburg":

http://vorort.bund.net/oekostation/com/aktuell/news_.htm,26

bzw. den Ratgeber des Baudepartements bezüglich Kompostierung von Laub:

<http://pages.unibas.ch/rr-bs/medmit/bd/2006/10/bd-20061017-001.html>

Patrick Hafner, Désirée Braun, Angelika Zanolari, Tommy Frey, Michael Wüthrich, Lorenz Nägeli, Eduard Rutschmann, Patricia von Falkenstein, Rudolf Vogel, Annemarie Pfeifer, Dieter Stohrer, Esther Weber Lehner, Jörg Vitelli, Beat Jans

j) Anzug betreffend Sanierungskonzept der "Wohnsiedlung Bäumlhof"

07.5387.01

Fotoaufnahmen vom aktuellen Zustand der Baustelle Wohnsiedlung Bäumlhof haben mich aufgeschreckt. Seit Mitte 2006 sind die drei Gebäude der 1. Bauetappe (2006-2008) an der Bäumlhofstrasse (Haus Nr. 46-66) und die 2 Gebäude der 2. Bauetappe (2008) an der Magdenstrasse (Haus Nr. 11-25) leer, während die Wohnungen der drei Gebäude der 3. Bauetappe (ca. 2009/10) an der Wittlingerstrasse (Haus Nr. 136-148) nur noch zur Hälfte vermietet sind.

Besichtigt man heute die Baustelle mit den entfernten Westfassaden, zweifle ich an der Qualität der verbliebenen Rohbausubstanz, am Kosten/Nutzen-Verhältnis der zu integrierenden Erdbebenmassnahmen (mit einer Vielfalt von Anschlussproblemen) und der Gesamterneuerung der Hausinstallationen. Ich bezweifle auch weiterhin die resultierende energetische und ökonomische Effizienz des Konzeptes „Funktionelle bauliche und energetische Sanierung des Gebäudebestandes mit Wertsteigerung“ im vorliegenden Fall.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung aufzuzeigen, wie eine solche Fehlleistung in Zukunft vermieden werden kann und zu prüfen und zu berichten

- ob die 1. Bauetappe nicht doch noch mit dem Konzept „Rückbau und Ersatzneubauten“ realisiert werden kann? Damit könnte man auch den Minergie-Standard erfüllen!
- ob es nicht sinnvoll ist, für die 2. und 3. Bauetappe auf das Konzept "Rückbau und Ersatzneubauten" zu setzen?

Peter Zinkernagel, Christine Heuss, Conradin Cramer, Thomas Strahm, Christine Wirz-von Planta, Bruno Mazzotti, Andreas Burckhardt, Helmut Hersberger, Annemarie von Bidder, Annemarie Pfeifer, Christine Locher-Hoch, Marcel Rünzi, Eduard Rutschmann, Hans Rudolf Lüthi, Markus G. Ritter, Hansjörg M. Wirz, Sebastian Frehner, Alexander Gröflin, Lorenz Nägelin, Michael Martig, Esther Weber Lehner

Vorgezogene Budgetpostulate für 2009

a) Dienststelle Nr. 280 / Ressort Kultur / Neue Subventionen

07.5350.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'000'000 im Budget 2009

Vorgezogenes Budgetpostulat zur Neu-Subventionierung des Schweizerischen Architekturmuseums Basel, des Jüdischen Museums Schweiz, des Sportmuseums Schweiz SMS und der Verkehrsdrehscheibe Schweiz (unser Weg zum Meer)

Begründung:

Der Kanton Basel-Stadt betreibt fünf Museen: Die Öffentliche Kunstsammlung, das Antikenmuseum, das Historische Museum, das Naturhistorische Museum und das Museum der Kulturen. Alle Museen erhalten ein Global-Budget, die gesamten Ausgaben des Kantons für seine staatlichen Museen betragen ca. CHF 51'000'000 Neben dem Bildungsauftrag sollen die Museen auch über Kantons- und Landesgrenzen hinaus ausstrahlen und Gäste anziehen.

In Basel gibt es noch weitere Museen, welche das Potential haben, die Stadt international bekannter zu machen und den Bildungsauftrag in zusätzlichen Bereichen noch besser zu erfüllen. Folgende vier Museen werden nicht vom Kanton Basel-Stadt subventioniert: das Schweizerische Architekturmuseum, das Jüdische Museum Schweiz, das Sportmuseum Schweiz SMS und die Verkehrsdrehscheibe Schweiz (unser Weg zum Meer). Sie sind privat finanzierte Institutionen mit Sitz in Basel.

Mit relativ bescheidenen wiederkehrenden Beiträgen des Kantons könnten diese vier Häuser ihre Ausstellungstätigkeit intensivieren und damit die öffentliche Wahrnehmung innerhalb des Kantons, der Schweiz und über die Landesgrenzen hinaus steigern. Mit Leistungsaufträgen könnte der Kanton für Basel wichtige Akzente im Rahmen der Aktivitäten dieser Museen setzen.

Zur Begründung neuer Subventionsverhältnisse mit diesen vier privaten Museen ist das Budget des Ressorts Kultur ab 2009 um den Betrag von CHF 1'000'000 zu erhöhen. Die Verteilung auf die einzelnen Institutionen soll in Verhandlungen des Ressorts Kultur mit den einzelnen Häusern festgelegt werden.

Patricia von Falkenstein

b) Dienststelle Nr. 702 / Abteilung Gesundheitsdienste / Ausgleich der wegfallenden Beiträge von Basel-Landschaft zu Gunsten der SRB

07.5366.01

Erhöhung des Budgets 2009 um die Differenz der wegfallenden Beiträge von Basel-Landschaft (max. CHF 250'000)

Vorgezogenes Budgetpostulat zu Gunsten der Suchthilfe Region Basel (SRB) zur Sicherung des Angebotes im Suchtbereich.

Begründung:

Der Subventionsvertrag für die SRB, gültig für die Jahre 2007 - 2009, sieht einen jährlichen Gesamtbetrag von CHF 2'965'000 vor. Davon sind CHF 2'050'000 für die Kontakt und Anlaufstellen (K&A, ehemals „Gassenzimmer“) eingeplant. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich an den Kosten der K&A in der Vergangenheit mit jährlich CHF 1'000'000 beteiligt.

Statistische Erhebungen zur Herkunft der K&A - Benutzenden zeigten 2006, dass mehr Personen aus BS das Angebot frequentieren, als bisher angenommen. Das Total der Besucher/innen blieb 2007 im Vergleich zu 2006 konstant.

BL hat aufgrund der statistischen Verschiebung seine Beiträge für 2008 auf CHF 800'000 reduziert, für 2009 könnte es, je nach BL-Besucherfrequenz, zu weiteren Reduktionen kommen.

2007 haben die Gesundheitsdienste die Differenz ausgeglichen, ab 2008 ist das GD dazu nicht mehr bereit. Diese

Haltung ist nicht nachvollziehbar und gesundheitspolitisch bedenklich.

Ein Budgetpostulat für 2008 wurde deshalb eingereicht.

Eine Kürzung des Beitrages an die SRB hätte fatale Folgen: Nebst der deutlichen Reduktion von Öffnungszeiten müsste dadurch auch Personal abgebaut werden. Die Tagesöffnung am Samstag und Sonntag und eine Abendöffnung am Wochenende würden ersatzlos wegfallen. Der Personalschlüssel ist aufgrund von Kosteneinsparungen bereits in der Vergangenheit aufs absolute Minimum reduziert worden, ohne Einschränkung der Öffnungszeiten ist der Betrieb nicht mehr sicher zu führen.

Die K&A leisten einen unbestritten wichtigen Beitrag zur Reduktion von HIV- und Hepatitisneuinfektionen. Es ist davon auszugehen, dass die Beendigung des 7-Tage Betriebs zu einer Zunahme von Neuinfektionen führt. Die Folgekosten nur einer zusätzlichen HIV-Neuinfektion betragen rund eine halbe Million.

Die K&A entlasten den öffentlichen Raum und tragen zur Sicherheit und Wohnqualität der Stadt bei. Eine Reduktion der Öffnungszeiten leistet der Bildung von offenen Drogenszenen Vorschub, was ordnungspolitisch nicht wünschbar ist.

Martina Saner

c) WSD / Öffentlicher Verkehr, Globalbudget, Produktgruppe Tram und Bus

07.5374.01

Erhöhung um CHF 265'000 im Budget 2009

Begründung:

Seit Dezember 2006 wird Riehen von der Tramlinie 2 nicht mehr bedient. Die seither gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass die Tramlinie 6 in den morgendlichen und abendlichen Stosszeiten nicht in der Lage ist, das Passagieraufkommen zu bewältigen und gleichzeitig den Fahrplan aufrecht zu erhalten. Starke Verspätungen und überfüllte Tramzüge führen zu grossem Missmut der ÖV-Benutzenden aus Riehen.

Die geplante Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Basel und in den Landgemeinden wird eine steigende Nachfrage nach Transportkapazität auf der Tramlinie Basel-Riehen zur Folge haben. Mit dem heutigen Angebot kann die Nachfrage vor allem in den Wintermonaten in den Stosszeiten nicht abgedeckt werden.

Die Erhöhung des ONA Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus um CHF 265'000 soll zu den Stosszeiten einen erhöhten Takt zwischen Riehen Dorf und Eglisee ermöglichen.

Roland Engeler-Ohnemus

d) Sicherheitsdepartement

07.5379.01

Erhöhung der Investitionen um CHF 650'000

Der Grosse Rat hat am 14. Mai 2003 einen Rahmenkredit von CHF 2'000'000 für die Einrichtung von permanenten, automatischen Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen genehmigt. Mit diesem Rahmenkredit für die Jahre 2003 bis 2007 konnten bisher 13 so genannte Blechpolizisten aufgestellt werden (7 Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen, 6 Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen). Nachgewiesenermassen erhöht die Kontrolle an neuralgischen Stellen des Strassenverkehrs die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Wie die Statistik der Strassenverkehrsunfälle 2005 für den Kanton Basel-Stadt aufzeigt, gibt es aber immer noch einige Verzweigungen oder Strecken, die für Unfälle anfälliger sind als andere. An diesen Stellen würde sich im Sinne der Prävention die Aufstellung weiterer Blechpolizisten aufdrängen.

Nach dem Auslaufen des oben erwähnten Rahmenkredites Ende 2007, sollte mit einem neuen Kredit ab 2008 sichergestellt werden, dass das Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit mittels fest installierter Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen weiterverfolgt wird. Die Regierung war nicht gewillt, dieses Begehren im Budget 2008 umzusetzen. Für das Budget 2009 wird die Forderung nach einer Erhöhung der Verkehrssicherheit an neuralgischen Stellen im Verkehrsnetz mittels fest installierten Überwachungsanlagen nochmals gestellt. Der Unterzeichnende beantragt, dass die Investitionen für diesen Zweck um CHF 650'000 erhöht werden.

Guido Vogel

e) Erziehungsdepartement Dienststelle 2260 / Primarschule (3/4 des Betrags) und 2350 OS (1/4 des Betrags)

07.5394.01

Erhöhung der Ausgaben um TCHF 210 auf TCHF 65'492

Vorgezogenes Budgetpostulat zur Verbesserung der Schnittstellen von Erstsprachunterricht und ordentlichem Lehrplan.

Begründung:

Eine Integration des Unterrichts in der Erstsprache in den ordentlichen Lehrplan ist vorrangig zur Anhebung des Leistungsniveaus in den Klassen der öffentlichen Volksschule, da sich durch eine Förderung der Herkunftssprachen nicht nur eine positive Auswirkung auf das Leistungsprofil der unterrichteten Kinder und Jugendlichen, sondern auch auf die Effektivität des Unterrichts in der Standardsprache ergibt.

Gegenwärtig werden die Löhne der Lehrpersonen der HSK (Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur) fast ausschliesslich über Botschaften, Konsulate und Elternvereine bezahlt, was die Zusammenarbeit zum Teil stark erschwert. Mit den zur Verfügung zu stellenden Mitteln von CHF 210'000 soll als eine erste Massnahme dort, wo dies besonders vordringlich erscheint, eine konzeptionelle Einbindung der Lehrpersonen in den ordentlichen Unterricht und den betreffenden Schulhauslehrkörpern gewährleistet werden. Es handelt sich für diesen ersten Schritt um rund vierzig Jahreslektionen, die verteilt auf mehrere Schulhäuser der Primar- und OS-Stufe eingerichtet werden sollen.

Sibylle Benz Hübner

f) Vormundschaftsbehörde / Subventionserhöhung / Dienststelle Nr. 303

07.5396.01

Erhöhung der Subvention des Vereins Beratungsstelle SLW, HELP! For Families um CHF 400'000

Begründung

HELP! for Families begleitet Familien in schwierigen Situationen, die bei der Beratungsstelle meist durch eine soziale, medizinische oder psychiatrische Institution angemeldet werden. Eine pädagogische Fachperson begleitet die Familie während ein bis zwei Jahren. Sie hat pro Woche zwischen zwei bis acht Stunden Kontakt zur Familie. Das Schwergewicht der sozialpädagogischen Familienbegleitung liegt im innerfamiliären Bereich. Es wird aber auch versucht, die sozialen Kontakte der Familien nach aussen zu stärken, damit die Familie auch Hilfe von aussen suchen und finden kann. Ziel der Begleitung ist es, die Eltern in der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen und sie in der Wahrung ihrer eigenen Erziehungsaufgaben und -kompetenzen zu stärken. Es soll erreicht werden, dass die Kinder in ihrer Herkunftsfamilie aufwachsen können und nicht fremdplatziert werden müssen. Es handelt sich also um eine sehr frühe und direkte Förderung von gefährdeten Kindern.

Im Moment kann HELP! for Families ca. 40 Familien betreuen. Die Wartezeit für neue Familienbegleitungen beträgt bis zu 9 Monaten. Dies ist für eine Familie in einer Notlage viel zu lange. Mit der Subventionserhöhung soll erreicht werden, dass die Beratungsstelle neu ca. 60 Familien betreuen kann und sich die Wartezeit somit stark verkürzt.

Elisabeth Ackermann

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 109 betreffend Städtepartnerschaft zwischen Basel-Stadt und Schanghai

07.5360.01

Die Städtepartnerschaft zwischen Basel-Stadt und Schanghai, die im Herbst dieses Jahres eingeleitet wurde, führte am 19. November 2007 zum Abschluss eines Partnerschaftsvertrags. Diese Zusammenarbeit bietet Anlass zu wichtigen Fragen. Sie kann als Modell dienen für weitere Partnerschaften zwischen Agglomerationsgebieten in wohlhabenden Industriestaaten und in aufstrebenden Schwellenländern.

Es ist in diesem Zusammenhang davon auszugehen, dass in wenigen Jahren die Mehrheit der Weltbevölkerung in städtischen Agglomerationsgebieten mit je Millionen von Menschen lebt. Diese Agglomerationen wachsen heute, wie in der Region von Schanghai, wesentlich stärker an als die ländlichen Regionen. In ihnen eskalieren heute die Umweltprobleme. Dies belastet einerseits die globale Klimasituation. Andererseits wachsen die Schadstoffkonzentrationen so sehr, dass Gesundheit und Lebenserwartung der dort lebenden Menschen ernsthaft bedroht sind. Es muss davon ausgegangen werden, dass bereits heute unzählige Menschen wegen der Schadstoffkonzentrationen frühzeitig sterben. Der schnell wachsende private motorisierte Verkehr führt immer mehr zu einem Dauerstau.

Kritische Überlegungen drängen sich auch im Hinblick auf die globale Standortkonkurrenz zwischen den vielen,

heute aufstrebenden Agglomerationen auf. Sie bringt die Drohung von Dumping, verbunden mit einer kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Umweltqualität. Immer mehr zeigt sich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, dass auch die dort investierenden Konzerne auf ökologische und soziale Standards verpflichtet werden müssen. Die nun eingeleitete Partnerschaft zwischen Basel und Schanghai sollte meines Erachtens die Menschenrechtslage nicht ausser Acht lassen. Unabhängig von weltanschaulichen Positionen besteht in China ein weit gefasster Pragmatismus gegenüber wirtschaftlich interessanten Investoren und Handelskontrahenten. Da ist die Härte gegenüber ethnischen Minderheiten, Religionsgemeinschaften und abweichenden weltanschaulichen Positionen noch weniger verständlich.

In diesen Zusammenhängen stelle ich folgende Fragen:

1. Wie kann der Kanton seine Erfahrungen weitergeben zur Erarbeitung von aussagekräftigen Messwerten im Hinblick auf die Verschmutzung von Luft, Gewässer, Böden sowie im Hinblick auf Lärm, Elektromog, Strahlenbelastung?
2. Wie kann der Kanton Basel-Stadt mit seinen Erfahrungen, allerdings in wesentlich kleinräumigeren Verhältnissen, mitwirken an der Verminderung der Umweltbelastungen?
3. Welche Möglichkeiten hat der Kanton, um mit seinen Fachkompetenzen am Aufbau eines wirkungsvollen öffentlichen Verkehrssystems mitzuwirken?
4. Wie können in das Partnerschaftsverhältnis auch Themen der Arbeitsmedizin eingebracht werden, damit die gravierenden Krankheitsfaktoren an unzähligen Arbeitsplätzen eingedämmt werden können?
5. Welcher Beitrag kann geleistet werden, damit die Produktesicherheit im Interesse aller nahen und fernen Märkte verbessert werden kann?
6. Gibt es Möglichkeiten, die Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Nichtregierungsorganisationen der Basler Region mit ihren spezifischen Anliegen in die Partnerschaft einzubeziehen?
7. Wie lassen sich Handlungsspielräume gewinnen, um im Partnergebiet das Eintreten für gewerkschaftliche Rechte zur gemeinsamen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermutigen?
8. Wie können in die Partnerschaft auch schwierige Themen wie die Wahrung der Menschenrechte eingebracht werden? Wie können Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit gefördert werden?
9. Welchen Beitrag kann die Partnerschaft leisten, damit die notwendigen und gerechten Ansprüche aller Menschen im Partnergebiet auf bessere Lebensbedingungen nicht zu zusätzlichen krankheitsfördernden örtlichen und globalen Umweltbelastungen führen?

Jürg Meyer

b) Interpellation Nr. 110 betreffend Road-Pricing in Basel

07.5378.01

Die heutige Verkehrs- und Klimasituation erfordert neue Lösungsansätze. Einig ist man sich insofern, dass das Verursacherprinzip auch im Verkehrswesen umgesetzt werden sollte. Mehrere Ideen wie dies umgesetzt werden könnte, werden zurzeit auf Bundesebene diskutiert. Road-Pricing steht als Sammelbegriff für eine solche Umsetzung nach marktwirtschaftlichem Prinzip.

Road-Pricing ist unter den politischen Parteien heftig umstritten. Road-Pricing ist aber vieles und es besteht die Gefahr, dass sich die Fronten bei einem Thema verhärten, das eine vertiefte Diskussion verdient. Oft geht vergessen, dass bereits im heutigen Verkehrssystem die Benutzung der Strassen nicht gratis ist. Neben den verbrauchsunabhängigen Motorfahrzeugsteuern oder der Nationalstrassenabgabe bezahlt der Nutzer mit der Mineralölsteuer bereits eine verbrauchsabhängige Steuer. Diese fällt aber einerseits nicht dort an, wo gefahren wird (im "schlimmsten" Fall wird im Ausland getankt), andererseits hat sie keinerlei lenkende Wirkung. Eine Strasse im Hinterland, auf der kein Verkehr ist, wird genau gleich berücksichtigt wie eine Strasse, auf der es täglich Verkehrszusammenbrüche gibt. Eine lenkende Wirkung bewirkt heute nur, dass man einen Zeitverlust effizient vermeiden will und Stausituationen ausweicht - örtlich oder zeitlich. Eine marktwirtschaftliche Reform bringt hier neue Möglichkeiten.

Aber bevor man über eine Umsetzung diskutiert, muss klar sein, welche Ziele man mit einem Road-Pricing verfolgen will. Der Bundesrat hat am 7. Dezember beschlossen, dass der Bund den Regionen ermöglichen möchte, Road-Pricing-Pilotversuche durchzuführen. Im neuen Luftreinhalteplan der beiden Basel wird erwähnt, dass "zusätzliche ökonomische Instrumente zu prüfen sind" und eine "differenzierte und fahrleistungsabhängige Strassenbenützungsabgabe mit spezifischen Zuschlägen unter der Berücksichtigung örtlicher Belastungen" eingeführt werden sollten. Der Kanton Basel-Stadt stellt sich zudem als "Pilotregion für eine fahrleistungsabhängige Gebietsabgabe" zur Verfügung. Dies aber sinnvollerweise nur im Verbund mit der Agglomeration Basel.

Deswegen möchte ich gerne vom Regierungsrat wissen:

1. Welche Ziele verfolgt der Regierungsrat mit einer fahrleistungsabhängigen Gebietsabgabe genau (Gebührenmodell - wann zahlt man wo, was - pflichtige Fahrzeuge etc.)?
2. Auf wie viel müsste gemäss dem Regierungsrat der Höchstsatz angesetzt werden, damit zu Stosszeiten eine spürbare Verkehrsentlastung erreicht werden könnte?

3. Wie ist das geplante Gebiet definiert (z. B. auf Autobahnen) und wie könnte eine mögliche Umsetzung aussehen?
4. Gibt es innerhalb der Agglomeration Basel Kontakte mit anderen Behörden bezüglich einer Gebietsabgabe und wie ist deren Haltung?
5. Wird sich der Regierungsrat aktiv dafür einsetzen, dass die Region Basel eine Pilotregion wird?
6. Wo würden die generierten Mittel investiert werden?

Emmanuel Ullmann

c) Interpellation Nr. 111 betreffend Campus Sport für die Region

08.5007.01

Im Raum Basel gibt es verschiedene sportbezogene Infrastrukturen und Aktivitäten, die an diversen Orten verstreut angesiedelt sind. Zu nennen sind das Institut für Sport und Sportwissenschaften der Universität Basel ISSW und die Sportbauten im Gebiet St. Jakob, die kantonalen Sportämter in Basel und Pratteln, die Sportklassen an mehreren Schulen und Standorten (Gymnasien Bäumlhof und Liestal, WMS Reinach, Sekundarschule Pratteln), das Swiss Olympic Medical Center in Basel und Muttenz und das Schweizerische Sportmuseum in Basel.

Ausserdem sind viele Sportverbände in der Region seit längerem daran interessiert, ihre Administration effizienter zu gestalten. Seit einiger Zeit kursieren in diesem Zusammenhang in unserem Partner-Kanton Basel-Landschaft verschiedene Ideen zu einem kantonalen Kurs- und Sportzentrum, in welchem Ausbildungs- und Weiterbildungskurse auf verschiedenen Stufen stattfinden könnten. Wünschenswert und vielversprechend wäre hier sicher eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Antworten zu folgenden Fragen:

- Könnte zusammen mit den nationalen Sportverbänden und deren regionalen Sportstützpunkten ein gemeinsamer Campus Sport für die Region geplant werden?
- Wäre für die Leistungssportlerinnen und -Sportler der Kantone BL und BS ein Stützpunkt sinnvoll, wo Schule, Sport, medizinische Betreuung und Verpflegung in unmittelbarer Nähe zusammen geführt werden könnten?
- Das Sportmuseum Basel sucht nach einem neuen Standort. Könnte es z.B. mit regionalen Sonderausstellungen und -veranstaltungen auf einem Campus Sport ergänzt werden und somit neue Beachtung finden?
- Ein ähnlicher Vorstoss ist im Landrat eingereicht worden.

Maria Berger-Coenen

d) Interpellation Nr. 112 betreffend Qualitäts- und Preisvorgaben für die Mensen der Basler Schulen

08.5010.01

Seit kurzem verfügen erfreulicherweise sämtliche Oberen Schulen über eine eigene Mensa. Die einzelnen Mensen werden - entsprechend dem Konzept der Schul(haus)autonomie - von privaten Anbietern im Auftrag der jeweiligen Schulleitungen betrieben.

Die Angebote sind denn auch von Standort zu Standort punkto Qualität und Preis sehr unterschiedlich: Während an einem Standort für das Tagesmenü jeweils ein fixer Preis gilt, muss am anderen Standort das Essen nach Gewicht bezahlt werden. Während an einem Standort der vitaminreiche Salat zum Menü gehört, wird er am anderen speziell in Rechnung gestellt.

Die Regierung schreibt dazu in der Antwort auf den Anzug Heuss vom 28. November 2007: „Das Angebot (bei der Verpflegung) entspricht allerdings noch nicht dem angestrebten Standard einer gesunden Ernährung. Die Betriebsrechnungen zeigen, dass in der heutigen Angebots- und Nachfragestruktur nur mit Süssgetränken und Snacks, die den Anforderungen an eine gesunde Ernährung nicht genügen, ein kostendeckender Betrieb möglich ist.“

Diesen Ausführungen kann der Interpellant nur zustimmen.

Er bittet deshalb die Regierung in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, den Schulleitungen betr. den Betrieb ihrer Verpflegungseinrichtungen - unter Belassung grösstmöglicher Autonomie - Vorgaben zu machen punkto Qualität des Angebots (ernährungswissenschaftlich ausgewogenes Essen), resp. (Höchst)Preis des Tagesmenüs?
2. Welchen Preis erachtet der Regierungsrat für ein Tagesmenü in einer Schulmensa für angemessen, für konkurrenzfähig (im Vergleich zu den Fast-Food-Anbietern in Schulhausnähe), resp. für die Erziehungsberechtigten finanziell noch zumutbar?
3. Ist der Regierungsrat bereit, auf die Auflage zurückzukommen, dass die Mensen kostendeckend (betriebskostenneutral) geführt werden müssen, sollte es sich herausstellen, dass sich dies nur mit einer

Quersubventionierung durch den Verkauf von Süssgetränken und Snacks realisieren lässt, die der Anforderung an eine gesunde Ernährung nicht genügen?

4. Sind die Mensen an den einzelnen Standorten neben den Schülern und Schülerinnen der Oberen Schulen auch für die der umliegenden Schulen (WBS, BFS) zugänglich? Kann sich der Regierungsrat einen Ausbau der Mensen vorstellen, falls sich mit dem derzeitigen (Raum)Angebot die Nachfrage nicht decken lässt?

Roland Engeler-Ohnemus

e) Interpellation Nr. 113 betreffend bevorstehende Ausweisung von Herrn Dalip Singh Khalsa

08.5011.01

Aufgrund der Geschäftsordnung des Grossen Rates Basel-Stadt; Ausführungsbestimmungen § 40 beantrage ich die Behandlung als „Dringliche Interpellation“.

Gemäss dem Nachrichtenportal onlinereports.ch muss der im Kleinbasel bekannte und beliebte Strassenwischer mit dem orangen Turban, Herr Dalip Singh Khalsa, am 31.1.2008 die Schweiz verlassen. Diesen Entscheid habe das für asylrechtliche Fragen zuständige Bundesamt für Migration so verfügt. Ein Entscheid, der bei zahlreichen Kleinbaslerinnen und Kleinbasler auf Unverständnis stösst. So war diese Ausweisung auch ein Thema am gestrigen Vogel Gryff bei zahlreichen Mitgliedern der 3 E und an den zahlreichen „Stubete“. In diesem Zusammenhang überrascht der plötzliche Entscheid der Behörde aus Bundesbern darum, da das Sicherheitsdepartement Ende Oktober letzten Jahres informierte, dass Herr Dalip Singh Khalsa weder aktuell noch in absehbarer Zeit von der Ausschaffung bedroht sei (Aussage gemäss Bericht auf onlinereports.ch). Für viele Kleinbasler nicht nachvollziehbar ist der Umstand, dass die Behörden 13 Jahre für die Abklärung des Asylverfahrens benötigen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung den jetzigen Entscheid des Bundesamtes für Migration?
2. Gemäss Aussage von Klaus Mannhart vom SiD gegenüber onlinereports.ch handelt es sich bei Herrn Dalip Singh Khalsa um einen „komplexen Fall“. Was ist darunter zu verstehen?
3. Warum äusserte sich das Sicherheitsdepartement Ende Oktober 2007 dahingehend, dass aktuell und in absehbarer Zeit keine Ausschaffung von Herrn Dalip Singh Khalsa bevorstehe, was anscheinend aufgrund der jetzigen Kenntnislage nicht stimmt?
4. Ist die Regierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass Herr Dalip Singh Khalsa die Schweiz per 31.1.2008 nicht verlassen muss?
4a) Wenn ja: Welche rechtlichen Massnahmen gedenkt die Regierung einzuleiten?
4b) Wenn nein: Was sind die Gründe dafür?
5. Wie hoch schätzt die Regierung die Chancen ein, dass die Bevölkerung von Basel, den im Kleinbasel beliebten Strassenwischer mit dem orangen Turban auch nach dem 31. Januar 2008 noch antreffen kann?

Stephan Gassmann

f) Interpellation Nr. 114 betreffend Wohnungs-Verwahrlosung in der Stadt Basel

08.5012.01

In der Schweiz gibt es immer mehr Reiche - aber auch immer mehr Mittellose und Verwahrloste. Neben Kranken, Verwirrten oder Süchtigen können auch Menschen verwahrlosen, die über kein soziales Bezugssystem verfügen. Persönliche Krisen, wie Verlust der Arbeit, Trennung, Todesfall eines nahen Angehörigen, psychische Krankheiten und Altersdemenz sind die häufigsten Ursachen für Wohnungsverwahrlosungen. Mit der demographischen Entwicklung und der Zunahme der Einpersonenhaushalte dürfte sich dieses Problem verschärfen. Vor allem in den Städten ist die Gefahr gross, dass die Zahl der Verwahrlosten stark ansteigt. Die Vereinsamung wird durch die Anonymität nämlich zusätzlich verstärkt.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- a) Welche Konzepte gibt es, um der zunehmenden Verwahrlosung entgegen zu wirken? Wo und wie werden diese kommuniziert?
- b) Welche Leistungen erbringt der Kanton selber - welche Leistungen werden an dritte delegiert?
- c) Welche Finanzierungsmittel stehen dem Kanton zur Verfügung, um das Problem Verwahrlosung nachhaltig anzugehen?
- d) An wen können sich Privatpersonen wie Nachbarn, Verwandte etc. wenden, wenn sie in ihrem Umfeld eine Verwahrlosung feststellen oder vermuten? Wie müssen Sie vorgehen?
- e) Wer ist, im Falle einer Betreuung von verwahrlosten Personen, für die Koordination der verschiedenen beteiligten Institutionen zuständig?
- f) Wie entwickelte sich in den letzten 10 Jahren die Anzahl der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung (FFE) (ZGB Art 397 a)?

- g) Gibt es Fälle mit FFE, die nach einer speziellen Rehabilitation wieder zurück in den Alltag gefunden haben und somit integriert sind?
- h) Welche Institutionen sind für die Integration und Rehabilitation nach FFE zuständig? Welche Möglichkeiten bestehen, Personen nach FFE nachhaltig zu betreuen?

Gabriele Stutz-Kilcher

g) Interpellation Nr. 115 betreffend der Qualität des Trinkwassers

08.5013.01

Am 9. Mai 2007 wurde vom Grossen Rat der Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend der Vorbehandlung des Trinkwassers aus den Brunnen der Hardwasser AG mit Aktivkohlefilter überwiesen. Mit Datum vom 8.5.2007 beantwortete der Regierungsrat die Interpellation Nr. 37 Patrizia Bernasconi betreffend Offenlegung sämtlicher Daten zur Wasserqualität. Die Interpellantin hat sich mit der Beantwortung nicht befriedigt erklärt. Nun bewahrt sie sich Einiges: Nachdem die Regierung auch in den Antworten zu meinen Vorstössen betonte, es gebe keinerlei Probleme mit dem Trinkwasser aus der Muttenzer Hard, verfügt der Kanton Basel-Land jetzt die sofortige Aufbereitung des Hardwassers mit Aktivkohle. Die IWB als Grossabnehmerin von Hardwasser hat ihren Bezug auf ein absolutes Minimum reduziert.

Laut der Kantonschemiker BL Niklaus Jäggi sind im Trinkwasser aus der Hard 44 Chemikalien gefunden worden. Diese Chemikalien (zum Beispiel Hexachlorbutadien, Tetrachlorbutadien, Hexachlorethan, Tetrachlorethen und Trichlorethen) haben im Trinkwasser nichts zu suchen. Sie sind schon bei kleinen Konzentration für den Mensch gefährlich. Das Technologiezentrum Wasser Karlsruhe habe empfohlen, dass das Trinkwasser aus der Muttenzer Hard vorbehandelt werden solle. Anscheinend wurden Ende 2007 im Trinkwasser der Muttenzer Hard u.a. Tetrachlorbutadiene analysiert - und prompt war ein vom BAG empfohlener Trinkwasserwert für 1,1,4,4-Tetrachlorbutadien überschritten. Das Kantonale Laboratorium Basel-Land aber wollte nicht bekannt geben, wie hoch die gemessenen Werte sind und wie stark die Belastung des Mischwassers aus der Muttenzer Hard ist. Diese Substanzen wurden in hohen Konzentrationen auch in Abfallproben aus den von den Vorgängerfirmen von Novartis, Syngenta, Ciba und Clariant belieferten Muttenzer Chemiemülldeponien gefunden. Entsprechende andere Risikopotentiale sind in diesem Gebiet keine nicht vorhanden. Hexachlorethan und Hexachlorbutadien wurden zudem seit Jahren nicht mehr im Rhein gemessen - und selbst bei Tetrachlorethen und Trichlorethen weiss man seit 1976, dass die Konzentrationen im Trinkwasser höher liegen als im Rheinwasser. Deshalb spricht alles dafür, dass es die Muttenzer Chemiemülldeponien sind, die das Trinkwasser verschmutzen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch wird der finanzielle Aufwand für die Inbetriebnahme der Aktivkohlefilteranlage sein? Wer soll die Trinkwasseraufbereitung bezahlen? Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass der Verursacher, und nicht die Trinkwasserkonsumierende, dafür aufkommen muss?
2. Ist die Aktivkohlenfilteranlage in der Langen Erlen bereits in Betrieb, wenn nicht, warum und wann wird dies geschehen?
3. Ist der Regierungsrat ebenfalls der Ansicht, dass die TrinkwasserkonsumentInnen das Recht haben zu erfahren, was für Stoffe sie mit dem Trinkwasser trinken?
4. Nach Angaben von Dr. Alberto Isenburg, Chef des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) des Kantons Basel-Land, lagen die Konzentrationen von Tetrachlorbutadien „deutlich über dem Grenzwert“ (Baslerstab, 19.12.07). Was heisst das in Zahlen? Sind der Regierungsrat, die IWB bzw. die sich ebenfalls zu 50% im Besitz von Basel-Stadt befindende Hardwasser AG jetzt endlich bereit, alle Messdaten inklusive die jüngsten Analyseergebnisse der Hardwasser AG offenzulegen?
5. Welche Schritte plant der Regierungsrat um den TrinkwasserkonsumentInnen und -Konsumenten ein einwandfreies Wasser zu garantieren? Finden Gespräche mit der Chemischen Industrie statt um endlich zu einer Lösung des Problems Chemiemülldeponien - sprich Totalsanierung - zu kommen?

Patrizia Bernasconi

h) Interpellation Nr. 116 betreffend "Boulevard Güterstrasse" - Ungereimtheiten

08.5014.01

Zitat aus der Interpellation Patrick Hafner von April 2007:

"Der Interpellant bittet die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten:

1. Ob es zutrifft, dass Trams in den umgestalteten Strassenstücken der Güterstrasse oder Teilen davon nicht gefahrlos an Velos vorbeifahren, sondern langsam hinter diesen herfahren müssen [...]"

Zitat aus der Antwort der Regierung (mündliche Beantwortung am 18.4.07; Hervorhebungen durch den Interpellanten):

"[...] Wie einleitend beschrieben steht für das Tram und Velofahrende in der Güterstrasse nicht so viel Platz zur Verfügung, dass das Tram an Velofahrenden vorbeifahren kann. Das war im Ratschlag aus dem Jahr 2004 so beschrieben. [...]"

Zitat aus dem Ratschlag 9349 vom 1.6.2004:

"[...] Dies hat zur Folge, dass ausserhalb der Tramhaltestellen das Tram Velofahrende gefahrlos überholen kann. [...]"

Der Interpellant bittet die Regierung zu prüfen und zu berichten, warum in der Antwort der Regierung vom 18.4.07 offensichtlich nicht den Tatsachen entsprechende Angaben betreffend den Ratschlag aus dem Jahre 2004 gemacht wurden.

Patrick Hafner

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend "gleitende" Jahres- und Monatsabonnemente bei den Basler Verkehrsbetrieben

08.5009.01

Jeweils zu Jahresende und -beginn herrscht vor den Schaltern der BVB ein dichtes Gedränge; lange Warteschlangen bilden sich, die gestern zum Beispiel am Barfüsserplatz bis gegen die Steinenvorstadt hin reichte. Viele Leute wollen ihr Jahres- oder Monatsabonnement erneuern, das bis jetzt nur das Kalenderjahr, resp. einen vollen Monat umfasste.

Viel sinnvoller wäre es, auch bei der BVB gleitende Jahres- und Monatsabonnemente einzuführen, die ab Ausstellungstag für ein Jahr, resp. einen Monat gültig sind, so wie es die SBB bereits kennen.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob bei der BVB nicht auch gleitende Abonnemente eingeführt werden könnten.

Christine Heuss

b) Schriftliche Anfrage betreffend Einfahrten in den Kreisel Dorenbach

08.5017.01

Die Einfahrten vom Dorenbachviadukt, der Oberwiler- und Holeestrasse auf den Kreisel Dorenbach sind unmittelbar vor dem Kreisel doppelspurig markiert. Im Kreisel besteht keine Unterteilung. Die Doppelspurmarkierungen wurden bei der Planung angedacht um die Leistungsfähigkeit zu steigern in dem die Autos den Kreisel doppelspurig befahren können/sollen. Die Beobachtungen der letzten Jahre zeigten aber, dass fast alle Autos einspurig über die rechte Vorsortierspur auf den Kreisel einfahren. Der Effekt ist, dass dadurch die Velofahrenden vor dem Kreisel an den Rand gedrängt und gefährdet werden. In der Oberwilerstrasse und Holeestrasse stellen sich die Autos in der rechten Vorsortierspur vor die endende Busspur. Dadurch können die BVB-Busse nicht unbehindert vorfahren. Eine einspurige Einfahrt für die Motorfahrzeuge würde die Verkehrssicherheit für die Velofahrenden verbessern und den BVB-Bus beschleunigen. Über dies würden bei den Einfahrten klare Verhältnisse geschaffen. Mit dem Nordtangentialanschluss Luzernerring wird es auf dem Dorenbachkreisel eine Entlastung geben. Eine Anpassung der Markierung könnte somit aus Sicht der Leistungsfähigkeit problemlos vorgenommen werden. Die Aufhebung der doppelspurigen Einfahrt würde auch die Sicherheit der FussgängerInnen verbessern, könnten sich doch besser die Strasse überqueren ohne Gefahr zu laufen, dass hinter einem wartenden Auto eines auf der zweiten Spur zufährt.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob für eine bessere Strukturierung des Verkehrsablaufes, für die Sicherheit der Velofahrenden und die Priorität der Busse am Kreisel Dorenbach die Zufahrten für den Motorfahrzeug einspurig markiert werden können?

Jörg Vitelli

c) Schriftliche Anfrage betreffend Tram-Anzeigetafeln im Bahnhof SBB

08.5018.01

Zugspassagiere die aufs Tram und den Bus wollen haben im Bahnhof keine Information über die Abfahrtszeiten. Sie hetzen auf den Centralbahnplatz weil sie denken das Tram oder der Bus würde ihnen vor der Nase abfahren. Dort angelangt sehen sie dann an der DFI (Abfahrtsanzeigentafeln), dass es schon abgefahren ist oder das nächste Tram erst in 15 Minuten wieder kommt.

Auswärtige Gäste wissen zudem nicht, wo die Trams oder der Flughafenbus abfährt.

Vorbildlich ist das im Flughafen Zürich, wo bei den Förderbändern der Kofferausgabe die Abfahrtszeiten der Züge auf Monitoren angezeigt werden.

In Basel sind weder auf der Passarelle noch im Bereich der Rolltreppen oder Schalterhalle Abfahrtsanzeigen für Tram und Bus vorhanden.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob im Bahnhof SBB, auf der Passarelle, Monitore montiert werden können, die Aufschluss über die Abfahrtszeiten und Abfahrtsorte von Tram und Bus auf dem Centralbahnplatz und Seite Gundeli geben?

Jörg Vitelli

**d) Schriftliche Anfrage betreffend Fussgängerstreifen Münchensteinerstrasse /
Dornacherstrasse**

08.5030.01

In der Münchensteinerstrasse hat es ab Reinacherstrasse bis zum Dreispitz linksseitig kein Trottoir. Zu Fuss Gehende müssen das rechte Trottoir benützen. Bei der Einmündung Dornacherstrasse hat es keinen Fussgängerstreifen. Die FussgängerInnen müssen dort über die Fahrbahn hetzen, wenn sie nicht von einem in die Dornacherstrasse abbiegenden Auto, überfahren werden wollen. In letzter Zeit hat der Fussverkehr im Abschnitt M-Parc bis Dreispitz zugenommen, denn zur S-Bahn Station Dreispitz und zum Bus 36 geht man/frau am schnellsten zu Fuss, denn die Benützung des Trams für nur eine Station ist umständlich und bringt keinen Zeitvorteil.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob in der Münchensteinerstrasse, über die Einmündung Dornacherstrasse, ein Fussgängerstreifen markiert werden kann.

Mehmet Turan